

*Globale  
Arbeitsverhältnisse*

MODUL

I



[www.attac.de/bima](http://www.attac.de/bima)

Gibt es heute noch Sklaverei?  
Was bedeutet »moderne Sklaverei« und wie verbreitet ist sie?  
Was sind die ILO-Kernarbeitsnormen?  
Was kann gegen »moderne Sklaverei« getan werden?

---

**Inhalt**

**Einführung**

**I.1 Aktivität: Weltverteilungsspiel – Reichtum und Sklaverei**

**I.2 Arbeitsblatt: Konsumgüter und Menschenrechte**

- Methode: Statuen-Theater
- Infotext: Palmöl
- Infotext: Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO)
- M1: Artikel zur Palmölproduktion (*Frankfurter Rundschau*)
- M2: Artikel zur Textilindustrie (*Südlink. Das Nord-Süd-Magazin von INKOTA*)
- M3: Infoblatt zur Kampagne »Make Chocolate Fair!«
- M4: Artikel zur Produktion von Orangensaft (*Spiegel-Online*)
- M5: Artikel zu Wein aus Südafrika (*Tagesspiegel*)
- M6: Text von Markus Wissen zum Begriff »Imperiale Lebensweise«

**I.3 Arbeitsblatt: Moderne Sklaverei**

- Video: Ausschnitt aus dem Film *Slaves*
- M1: Interview mit dem Filmemacher Marc Wiese

**I.4 Infoblatt: Moderne Sklaverei**

**I.5 Arbeitsblatt: Fairer Handel als Weg zu besseren Arbeitsbedingungen?**

- Infotext: Siegel und Zertifikate
- Methode: Pro-und-Contra-Debatte
- M1: Selbstdarstellung von Fair-Trade-Organisationen ([www.fairtrade.de](http://www.fairtrade.de))
- M2: Interview mit einer Kakaobäuerin aus Ghana und der Mitarbeiterin einer Nichtregierungsorganisation (*Neues Deutschland*)
- M3: Interview zu Nachhaltigkeits-Siegeln (*Süddeutsche Zeitung*)

**I.6 Arbeitsblatt: Ein UN-Abkommen für Wirtschaft und Menschenrechte?**

- Methode: Machtnetz-Analyse
- M1: Artikel zum Stande des UN-Prozesses (*Frankfurter Rundschau*)
- Infotext: UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte
- M2: Stellungnahme Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
- M3: Stellungnahme Europäischer Gewerkschaftsbund
- M4: Stellungnahme Bundesregierung
- M5: Stellungnahme Europäische Union
- M6: Stellungnahme Treaty Alliance Deutschland
- M7: Stellungnahme Regierung Südafrikas
- M8: Artikel zur Strategie der Bundesregierung (*Blätter für deutsche und internationale Politik*)

### Die Materialien haben folgende Formate

- **Einführung** – Fachliche Erläuterung des Themen-  
schwerpunktes sowie ein didaktischer Kommentar  
zu den einzelnen Materialien
- ↑ **Aktivitäten** – Methoden, die Interaktionen in  
der Gruppe anregen und die zur Erarbeitung der  
Inhalte führen
- ⋮ **Infoblatt** – Erläuterungen zentraler Themen  
eines Moduls
- **Arbeitsblätter** – Methoden, die mit Text- und  
Bildmaterial arbeiten

### Die Arbeitsblätter und Aktivitäten bestehen aus folgenden Elementen

- M1 **Materialien (M1 bis Mx)** – Texte, Bilder  
oder Karikaturen aus der öffentlichen Debatte  
oder Autor\_innentext
- ARBEITSVORSCHLÄGE **Arbeitsvorschläge** – Vorschläge zum inhaltlichen  
Erschließen der Materialien
- METHODE **Methoden** – Spezielle Verfahren zur Bearbeitung  
der Materialien
- INFO ||||| **Infotext** – Erläuterungen zentraler Begriffe  
eines Arbeitsblattes
- ◇◇DIAGRAMM◇◇ **Diagramme** – Grafisch aufbereitete Daten zum  
jeweiligen Thema
- REQUISITEN **Requisiten** – Spezielles Zubehör zu Methoden
- Interview  
mit **Interviews** – Für dieses Bildungsmaterial  
geführte Gespräche

## Einführung

Das Thema Sklaverei klingt im ersten Moment nach Geschichtsunterricht. Es lässt an die antiken Sklavenhaltergesellschaften, an die Verschleppung von Menschen aus Afrika zu Hochzeiten des Kolonialismus oder die Abschaffung der Sklaverei in den USA nach dem Bürgerkrieg denken. Denn offiziell ist die Sklaverei längst überall abgeschafft und wird in völkerrechtlichen Abkommen geächtet. So gibt es das Sklavereiabkommen des Völkerbundes aus dem Jahr 1926, das 1956 durch eine UN-Konvention bestätigt und ergänzt wurde. Auch nach Artikel 4 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 sind Sklaverei und Sklavenhandel ausdrücklich verboten. Und tatsächlich gibt es seit Anfang der 1980er-Jahre keinen Staat mehr, in dem Sklaverei – also der Besitz von Menschen – rechtlich legitimiert ist.

Nach den offiziellen Normen ist heutzutage die Lohnarbeit – neben der unbezahlten (Sorge-)Arbeit im Haushalt – die normale Form der Arbeit. Marx sprach vom »doppelt freien Lohnarbeiter«, um darauf hinzuweisen, dass die Menschen in der bürgerlichen Gesellschaft nach der Abschaffung der Leibeigenschaft nunmehr formal »frei« sind. Andererseits ist der größte Teil von ihnen aber auch »frei von Produktionsmitteln« – sprich: er hat keine – und muss daher seine Arbeitskraft an die Eigentümer derselben verkaufen. Doch wo ihm keine wirksamen Grenzen gesetzt werden können, tendiert auch der Kapitalismus zu maßloser Ausbeutung. Daher ist das Thema Sklaverei alles andere als historisch.

Nach Schätzung verschiedener Organisationen lebten 2016 weltweit 40 Millionen Menschen in sklavenähnlichen Verhältnissen – mehr als jemals zuvor in der Geschichte der Menschheit<sup>1</sup>. Es gibt zwar keine einheitliche Definition von »moderner Sklaverei«, doch unter diesem Stichwort werden Phänomene wie Zwangsarbeit, Schuldknechtschaft, Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsheirat oder Kindersoldaten mit je unterschiedlicher Gewichtung zusammengefasst. Von den weltweit betroffenen 40 Millionen Menschen arbeiten 26 Millionen unter Zwang in illegalen Fabriken, in der Landwirtschaft, auf Baustellen, in der Fischerei, in Bordellen oder in privaten Haushalten. Etwa die Hälfte von ihnen lebt in Schuldknechtschaft.

Wenngleich nur ein relativ kleiner Teil dieser Menschenrechtsverletzungen in Deutschland und Europa vorkommt, hat das Thema doch mehr mit uns zu tun als auf den ersten Blick zu erkennen ist.

Denn in zahlreiche hier verbrauchte Konsumgüter (und ihre Vorprodukte) ist mit hoher Wahrscheinlichkeit Sklavenarbeit eingegangen. Dies gilt für Lebensmittel ebenso wie für Kleidung, Kosmetik und nicht zuletzt für High-Tech-Produkte wie Smartphones.

In dieser Verteilung von sklavenartiger Arbeit und (relativ) luxuriösem Konsum zeigt sich eine der Kontinuitäten, die bis in die Kolonialzeit zurückreichen. Die Sozialwissenschaftler Markus Wissen und Ulrich Brand sprechen in diesem Zusammenhang von einer imperialen Produktions- und Lebensweise<sup>2</sup>. Zugleich macht der Soziologe Stephan Lessenich mit dem Begriff der Externalisierungsgesellschaft darauf aufmerksam, dass die oft grausamen Grundlagen dieser Lebensweise an anderen Orten der Welt in aller Regel verdrängt werden<sup>3</sup>.

Dies spiegelt sich in der geringen Aufmerksamkeit für aktuelle Versuche, Menschenrechte im Bereich der Wirtschaft auf Ebene der UN verbindlich zu regulieren. In den westlichen Industriestaaten käme es kaum jemandem in den Sinn, die Menschenrechte als universelle Normen grundsätzlich anzuzweifeln, doch allzu genau soll offenbar auch nicht hingesehen werden. So wurden einerseits 2011 die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte verabschiedet. Doch andererseits blockieren die Industriestaaten das aktuell von Ecuador und anderen Staaten des Südens angestoßene Verfahren, mit dem entsprechende Grundsätze tatsächlich rechtlich verbindlich werden könnten. Dies gilt nicht zuletzt für Deutschland und in der Folge für die EU. Hinter dieser Haltung stehen offensichtlich die Interessen transnationaler Konzerne, die fürchten, ernsthaft für Menschenrechtsverstöße entlang ihrer Lieferkette verantwortlich gemacht zu werden.

Das vorliegende Modul fokussiert auf solche politischen Konflikte im Zusammenhang mit dem Thema moderne Sklaverei. Denn die konsequente Durchsetzung von Menschenrechten im Bereich der Wirtschaft ist eine politische Frage und darf – ähnlich wie Fragen der ökologischen Nachhaltigkeit – nicht auf ethische Fragen des individuellen Konsums reduziert werden. ■

1 International Labour Office und Walk Free Foundation: *Global Estimates of Modern Slavery*. Genua, 2017.

2 Markus Wissen und Ulrich Brand: *Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus*. München, 2017.

3 Stephan Lessenich: *Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis*. München, 2016.

## Zu den Elementen des Moduls

- Die **Aktivität I.1 (Weltverteilungsspiel – Reichtum und Sklaverei)** eignet sich als Einstieg in die Thematik der modernen Sklaverei und der globalen Arbeitsverhältnisse, die anschließend weiter vertieft werden sollten. Die Lerngruppe stellt die weltweite Verteilung von Bevölkerung, Reichtum (BIP), moderner Sklaverei und Kinderarbeit im Raum nach. Anschließend wird das Erlebte auf seinen Realitätsgehalt hin befragt und es werden Ursachen globaler Ungleichheit diskutiert. Als weitere Einstiegsmöglichkeit bietet sich auch der Zeitstrahl zum Thema Arbeit (Aktivität III.3) an.
- Das **Arbeitsblatt I.2 (Konsumgüter und Menschenrechte)** thematisiert Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit der Produktion von Palmöl in Indonesien, Textilien in Indien, Schokolade in Westafrika, Orangensaft in Brasilien und Wein in Südafrika. Zunächst wird vorgeschlagen, dass die Lernenden, ausgehend von einem **Infotext**, in Kleingruppen Produkte suchen, die **Palmöl** enthalten. Anschließend sollen sie recherchieren, ob diese von einem Konzern produziert wurden und in der Gesamtgruppe eine entsprechende Mindmap erstellen. Im zweiten Schritt wird angeboten, einen **Artikel aus der Frankfurter Rundschau (M1)** zur Palmölproduktion zu lesen und die geschilderten Arbeitsbedingungen mit den **Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO)** zu vergleichen, die in einem **Infotext** erläutert werden. Zudem können die Lernenden mehrere Statuen zum Inhalt des Artikels entwickeln. Dazu gibt es einen Methodenkasten **Statuen-Theater**. Für Gruppen mit wenig Erfahrung bietet sich eine Einführung durch die Lehrenden an, für die es ebenfalls einen Methodenkasten gibt. Anschließend können Kleingruppen folgende weitere Texte nach ähnlichem Muster bearbeiten: Einen Artikel zur Textilindustrie aus **Südlink. Das Nord-Süd-Magazin von INKOTA (M2)**, einen Text zum Thema Schokolade aus einem **Infoblatt zur Kampagne »Make Chocolate Fair!« (M3)**, einen **Spiegel-Online-Artikel (M4)** zur Produktion von Orangensaft und einen **Tagesspiegel-Artikel (M5)** zu Wein aus Südafrika. Alle Kleingruppen entwickeln ein Plakat und eine Statue, die später in der Gesamtgruppe präsentiert werden. Abschließend kann das Thema mit einem Text von **Markus Wissen (M6)** zum Begriff der Imperialen Lebensweise (siehe fachliche Einführung) auf ein theoretisches Niveau gehoben werden. Es wird angeregt, dass die Lernenden den Begriff auf ihre Auseinandersetzung mit M1 bis M5 beziehen. Anschließend können sie im Internet Projekte recherchieren, die nach Alternativen zur »imperialen Lebensweise« suchen und schließlich persönlich dazu Stellung nehmen.
- In **Arbeitsblatt I.3 (Moderne Sklaverei)** wird zunächst vorgeschlagen, in Zweiergruppen eine vorläufige »Arbeitsdefinition« zum Thema Sklaverei zu entwickeln. Anschließend kann ein Ausschnitt aus dem Film *Slaves* (Sklaven) von Mark Wiese anhand von Leitfragen analysiert werden. In den 7 Minuten Film, die gemeinsam oder auf dem Handy geschaut werden können, geht es um moderne Sklaverei in der Fischfang-Industrie in Burma. Weitere Felder moderner Sklaverei können anschließend einem *Interview mit dem Filmemacher Marc Wiese (M1)* entnommen werden. Anhand dessen können die Lernenden ihre Arbeitsdefinition schärfen und das Thema Sklaverei in Beziehung zum Alltag in Deutschland setzen. Zum Schluss können in Dreiergruppen Vorschläge entwickelt werden, was die deutsche Regierung zur Abschaffung moderner Sklaverei beitragen könnte. Diese politischen Vorschläge können dann in der Gesamtgruppe diskutiert werden.
- Das **Infoblatt I.4 (Moderne Sklaverei)** informiert über Formen und Ausmaß moderner Sklaverei, aber auch über (völker-)rechtliche Normen, die unwürdigen Arbeitsverhältnissen entgegenstehen. Konkret behandelt werden die ILO-Kernarbeitsnormen, die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte und die aktuellen Versuche, letztere in einem verbindlichen Abkommen wirksam werden zu lassen. Das Infoblatt kann als Hintergrundinformation zu allen Arbeitsblättern und Aktivitäten des Moduls eingesetzt werden.
- Das **Arbeitsblatt I.5 (Fairer Handel als Weg zu besseren Arbeitsbedingungen?)** wirft die Frage auf, ob eher fairer Handel und/oder eher politischer Druck zur Verbesserung von Arbeitsbedingungen führen. Zunächst werden in der Gesamtgruppe Kriterien für menschenwürdige Arbeit gesammelt. Anschließend können drei Texte in Kleingruppen bearbeitet werden, die in unterschiedlicher Gewichtung Argumente für und gegen Siegel (oder Zertifikate) enthalten: Eine Selbstdarstellung von Fair-Trade-Organisationen auf [www.fairtrade.de](http://www.fairtrade.de) (**M1**), ein *Interview aus dem Neuen Deutschland (M2)* mit einer

Kakaobäuerin aus Ghana und der Mitarbeiterin einer Nichtregierungsorganisation, die sich für die Rechte von Kakaobäuer\_innen einsetzt, sowie schließlich ein *Interview aus der Süddeutschen Zeitung (M3)* mit der Autorin Kathrin Hartmann, die Nachhaltigkeits-Siegel kritisiert. Dazu gibt es einen kurzen *Infotext zum Thema Siegel und Zertifikate*. Nach der ersten Phase sollten die Gruppen neu gemischt werden, so dass in den neuen Kleingruppen alle Argumente aus den drei Texten ausgetauscht und in einer Pro-Kontra-Liste zum Nutzen von Fair-Trade-Siegeln gesammelt werden können. Auf dieser Basis werden drei abschließende Arbeitsvorschläge gemacht: Erstens die Organisation einer *Pro-Contra-Debatte* in der Gesamtgruppe, zweitens die Entwicklung von politischen Forderungen zum Thema internationale Arbeitsstandards an die Bundesregierung sowie drittens eine Recherche von sinnvollen und weniger sinnvollen Siegeln auf dem Portal [www.siegelklarheit.de](http://www.siegelklarheit.de) der Bundesregierung.

- In [Arbeitsblatt I.6 \(Ein UN-Abkommen für Wirtschaft und Menschenrechte?\)](#) geht es schließlich um die aktuellen Bemühungen, ausgehend von den UN-Leitprinzipien für Wirt-

schaft und Menschenrechte einen verbindlichen völkerrechtlichen Vertrag zu erarbeiten. Es wird die Durchführung einer *Machtnetz-Analyse* vorgeschlagen. Zur gemeinsamen Einführung stehen ein *Artikel aus der Frankfurter Rundschau (M1)* und ein *Infotext zu den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte* zur Verfügung. Als weitere Grundlage der arbeitsteiligen Erstellung der *Machtnetz-Analyse* dienen *Stellungnahmen der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (M2)*, des *Europäischen Gewerkschaftsbundes (M3)*, der *Bundesregierung (M4)*, der *Europäischen Union (M5)*, der zivilgesellschaftlichen *Treaty Alliance Deutschland (M6)* sowie der *Regierung Südafrikas (M7)*. Abschließend kann auf der Basis eines *Artikels aus Blätter für deutsche und internationale Politik (M8)* die Strategie der Bundesregierung diskutiert werden, welche auf Freiwilligkeit in Sachen Unternehmen und Menschenrechte setzt. Weitere Arbeitsvorschläge sind eine Recherche zum aktuellen Stand der Diskussion im UN-Menschenrechtsrat und das Verfassen eines Zeitungskommentars dazu sowie die gemeinsame Planung einer Protestaktion, mit der die Treaty-Alliance auf ihr Anliegen aufmerksam machen könnte. ■





## 2. SCHRITT: REICHTUMSVERTEILUNG

Im zweiten Schritt repräsentieren die Stühle der Teilnehmenden den globalen Reichtum in Form des Bruttoinlandsproduktes. Nun sollen die Teilnehmenden zunächst die Stühle so umverteilen, wie sie glauben, dass es der globalen Verteilung des materiellen Reichtums entspricht. Die Vertei-

lung der Weltbevölkerung ändert sich dabei nicht, das heißt auf manchen Kontinenten müssen die Teilnehmenden nun stehen, auf anderen haben sie mehr Stühle als sie besetzen können. Nach der geschätzten Verteilung korrigiert die Leitung wiederum entsprechend der realen Verhältnisse (Tabelle):

	Bruttoinlandsprodukt in Mio. US-Dollar	%	Anzahl Teilnehmende																																					
			10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40							
Welt gesamt	78740229	100	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40							
Nordamerika	21002514	27	3	3	3	3	4	4	4	4	5	5	5	6	6	6	6	7	7	7	8	8	8	8	9	9	9	9	10	10	10	11	11							
Europa	21285556	28	3	3	3	4	4	4	4	5	5	5	6	6	6	6	7	7	7	8	8	8	8	9	9	9	10	10	10	10	11	11	11							
Südamerika & Karibik	5273888	7	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	3	3	3								
Afrika	4432385	5	0	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	2	2	2	2	2	2	2	2	2								
Asien & Pazifik	26205886	33	3	3	4	4	4	5	6	6	6	7	7	7	7	8	8	8	9	9	9	9	10	10	10	10	11	11	12	12	12	12	13							

Datenquelle: Internationaler Währungsfonds, World Economic Outlook Database, October 2017

## 3. SCHRITT: MODERNE SKLAVEREI

Danach sollen die Teilnehmenden (die immer noch auf den Weltregionen verteilt sitzen oder stehen) abschätzen, wie sich die »moderne Sklaverei« prozentual auf die verschiedenen Weltregionen verteilt. Dazu wird erläutert, dass es sich dabei um Zwangsheirat und Zwangsarbeit han-

delt. Die Teilnehmenden sollen die vorbereiteten Zettel auf die Bevölkerung in den verschiedenen Weltregionen verteilen und sie dort entsprechend mit ausgestreckten Armen hochhalten. Auch diese geschätzte Verteilung wird von der Leitung nach der folgenden Tabelle korrigiert und die Zettel bleiben dann auf den Kontinenten zurück:

	Anzahl moderner Sklaven	%	Anzahl Teilnehmende																																					
			10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40							
Welt gesamt	40289000	100	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40							
Nordamerika	420000	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0								
Europa	3596000	9	1	1	1	1	1	1	1	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	4								
Südamerika & Karibik	1524000	4	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	2	2								
Afrika	9752000	24	2	2	3	3	3	4	4	4	4	5	5	5	5	6	6	6	7	7	7	7	7	7	8	8	9	9	9	10	10	10								
Asien & Pazifik	24997000	62	6	7	7	8	9	9	10	10	11	11	12	13	14	14	15	16	16	17	18	18	19	19	20	20	21	22	22	23	23	24								

Datenquelle: Walk free Foundation, Global Slavery Index 2018 Data

#### 4. SCHRITT: KINDERARBEIT

Der letzte Schritt verläuft analog zum vorherigen. Zunächst sollen die Teilnehmenden abschätzen, wie sich Kinderarbeit (im Alter von fünf bis sieben Jahren) prozentual auf die verschiedenen

Weltregionen verteilt. Anschließend werden die Zettel wiederum nach den realen Verhältnissen umverteilt und dort mit ausgestreckten Armen (zusammen mit den Zetteln zur Sklaverei) hochhalten.

	Fälle von Kinderarbeit (5 – 17 Jahre)	%	Anzahl Teilnehmende																																			
			10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40					
Welt gesamt	1 515 510 000	100	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40					
Nordamerika	274 000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0				
Europa	5 534 000	4	0	0	0	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	2					
Südamerika & Karibik	10 461 000	7	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	3	3	3	3	3						
Afrika	73 275 000	48	5	5	6	6	7	7	8	8	9	9	10	10	11	11	12	12	13	14	14	15	15	16	16	17	17	18	18	19	19							
Asien & Pazifik	62 007 000	41	4	5	5	5	5	6	6	7	7	8	8	9	9	9	10	11	11	11	12	12	13	13	14	14	15	15	16	16	16							

Datenquelle: Internationale Arbeitsorganisation (ILO) 2017, Methodology of the global estimates of child labour 2012–2016

#### Auswertung:

Anschließend werden die Teilnehmenden zunächst zu ihrem Erleben des Verteilungsspiels befragt:

- Wie haben Sie die Aktivität erlebt?
- Wie haben Sie sich gefühlt?
- Gab es einen Moment, der besonders beeindruckend war?

Dann wird der Realitätsgehalt der Aktivität besprochen. Dabei ist es wichtig, auf die Relation der Zahlen einzugehen und dem Eindruck entgegenzuwirken, dass zum Beispiel in Asien ein Großteil der Bevölkerung versklavt sei oder Kinderarbeit leiste. Denn abgebildet wurden jeweils Prozentanteile von unterschiedlichen Gesamtgrößen: Die Weltbevölkerung von rund 7,4 Milliarden, 40 Millionen moderne Sklaven und rund 152 Millionen arbeitende Kinder weltweit. Auch wenn die meisten modernen Sklaven in Asien leben, beträgt ihr Anteil an der dortigen Bevölkerung »nur« 0,6 Prozent der gesamten Bevölkerung. Es

geht auch nicht darum, die Realität 1:1 in Zahlen zu übersetzen, sondern die ungleiche Verteilung von Reichtum und problematischen Arbeitsverhältnissen abzubilden, welche aus den Zahlen insgesamt hervorgeht. Mögliche Reflexionsfragen könnten sein:

- Was hat die Aktivität mit der Wirklichkeit zu tun?
- Was sagen die Zahlen aus, die Sie nachgestellt haben?
- Leistet ein Großteil der Menschen in Asien Sklavenarbeit?
- Sind in Europa alle Menschen reich und in Afrika alle Menschen arm?
- Welche Gründe könnte es für die ungleichen Verteilungen geben?
- Welche Zusammenhänge vermuten Sie hinter den Verteilungen von Reichtum und problematischen Arbeitsverhältnissen?
- Welche geschichtlichen Entwicklungen haben zu dieser heutigen Verteilung beigetragen?
- Wie ließe sich diese Verteilung verändern?

	Bevölkerung	%	Bruttoinlandsprodukt in Mio. US-Dollar	%	Anzahl moderner Sklaven	%	Fälle v. Kinderar- beit (5 – 17 Jahre)	%
Welt gesamt	7 368 664 000	100	78 740 229	100	40 289 000	100	1 515 510 000	100
Nordamerika	355 879 000	5	21 002 514	27	420 000	1	274 000	0
Europa	914 890 000	12	21 825 556	28	3 596 000	9	5 534 000	4
Südamerika & Karibik	626 896 000	9	5 273 888	7	1 524 000	4	10 461 000	7
Afrika	1 341 244 000	18	4 432 385	5	9 752 000	24	73 275 000	48
Asien & Pazifik	4 129 755 000	56	26 205 886	33	24 997 000	62	62 007 000	41

## Konsumgüter und Menschenrechte

### STATUEN-THEATER (METHODENBESCHREIBUNG FÜR LEHRENDE)

**Dauer: 60–90 Minuten**

Das Statuen-Theater geht auf Augusto Boals »Theater der Unterdrückten« zurück und ermöglicht einen weitgehend körperlichen Einstieg in abstrakte Themen oder konkrete Probleme. Es knüpft an den Erfahrungen der Teilnehmenden an und kann Veränderungsperspektiven eröffnen. Gruppen von vier bis sechs Personen bekommen jeweils einen Begriff, einen Konfliktfall oder eine Situation. Anschließend bilden sie mit ihren Körpern eine Statue, die dieses Thema zum Ausdruck bringt. Optional können die Statuen anschließend so verändert werden, dass sie mögliche Lösungswege des Problems eröffnen. Eine weitere Variante ist die Entwicklung einer Statue, die als Mittel des Protests im öffentlichen Raum auf ein Problem aufmerksam machen soll.

**Aufwärmen:** Zum Einstieg bildet die gesamte Gruppe auf Zuruf kurze Standbilder zu Themen, die sich spontan umsetzen lassen, zum Beispiel Tor-Jubel oder Tanzen. Dabei kann sich die Gruppe bewegen und erstarrt auf Zuruf. Als weitere Aufwärmübung können Partner\_innen spontan Begriffe darstellen, die bereits zu einem Thema hinführen (Arm und Reich, Partnerschaft, Vertrag etc.).

**Entwicklung von Ideen:** Es werden Kleingruppen (ca. vier bis acht Personen) gebildet, die jeweils einen Begriff, Konflikt etc. bekommen, den die anderen nicht kennen. Jede Gruppe verständigt sich kurz über das vorgegebene Thema und mögliche Bilder dazu.

**Bau der Statuen:** Der Bau der Statuen verläuft weitgehend stumm. Entweder einigt sich die Gruppe auf eine\_n Bildhauer\_in, welche\_r die anderen im Raum anordnet, oder die gesamte

Gruppe verständigt sich mit Blicken und Gesten auf eine gemeinsame Anordnung. Wichtig sind die Stellung der Körper zueinander, die Körperhaltung und der Gesichtsausdruck. Außerdem können Requisiten (z. B. Stühle oder Trinkflaschen) genutzt werden.

**Ausstellung:** Die Gruppen stellen nacheinander ihre Statuen in der Mitte des Raumes auf. Nach dem Aufbau kann die Statue von den anderen Teilnehmenden von allen Seiten betrachtet werden. Wenn die Zuschauer\_innen genug gesehen haben, entlassen sie die Darsteller\_innen mit einem Applaus. Danach schildern die Zuschauer\_innen ihre Eindrücke (vom Kunstwerk – nicht den Darsteller\_innen) und mutmaßen, was dargestellt wurde. Abschließend erläutern die Darsteller\_innen, was dargestellt wurde und wie es für die einzelnen Teile der Statue war (anstrengend, komfortabel, ...).

**Optional/Umbau der Statuen:** Eine Statue, die ein ungelöstes Problem darstellt, wird noch einmal aufgebaut. Die Darsteller\_innen suchen einen Satz, der ihre Situation, ihr Empfinden oder einen Wunsch zum Ausdruck bringt und sprechen ihn laut aus. Anschließend können alle nacheinander in Zeitlupe ihre Position verändern. Es beginnen diejenigen, die sich besonders unwohl fühlen, und die anderen reagieren darauf. Abschließend formulieren alle noch einen Satz, der ihre neue Situation ausdrückt.

**Auswertung:** In der Auswertung können unter anderem die folgenden Fragen angesprochen werden:

- Wie wurde das Bilden der Statuen erlebt, gab es besonders eindrückliche oder überraschende Momente?
- Welche Aspekte des Themas wurden gut getroffen, welche fehlten?
- Wie realistisch sind die Lösungswege, die der Umbau nahelegt?



**INFO** |||

**ILO Kernarbeitsnormen\*** Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) ist eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen mit 187 Mitgliedsstaaten. Ihre Aufgabe ist es, soziale Gerechtigkeit sowie Menschen- und Arbeitsrechte zu befördern. Vier Grundprinzipien bestimmen das Selbstverständnis und das Handeln der ILO. Sie wurden in acht verbindlichen Abkommen geregelt und werden auch als Kernarbeitsnormen bezeichnet:

**Vereinigungsfreiheit und Recht auf Kollektivverhandlungen:** Sowohl Arbeitnehmer\_innen als auch Arbeitgeber\_innen dürfen sich in Organisationen zusammenschließen. Arbeitnehmer\_innen darf nicht aufgrund einer Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft gekündigt werden und Gewerkschaften haben das Recht Tarifverhandlungen zu führen.

**Abschaffung von Zwangsarbeit:** Niemand darf zu bestimmten Arbeiten gezwungen werden.

**Abschaffung von Kinderarbeit:** Jedes Land muss ein Mindestalter für die Aufnahme einer Arbeit festlegen, das nicht unter dem Alter liegen darf, in dem die Schulpflicht endet und das auf keinen Fall unter 15 Jahren liegt.

**Verbot von Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf:** Niemand darf in Beschäftigung und Beruf wegen Hautfarbe, Geschlecht, Religion, politischer Meinung, nationaler oder sozialer Herkunft benachteiligt werden.

|||

\* siehe auch Infoblatt I.4



Flashmob zur Verletzung von Menschenrechten durch Unternehmen.  
Foto: Stephanie Handtmann/Attac

## M1 Kämpfer gegen das Leid der Palmölsklaven

1 Auf den Palmölplantagen in Sumatra schufteten die  
Arbeiter unter menschenunwürdigen Bedingun-  
gen. Der ehemalige Anwalt Masdon will das än-  
dern – und riskiert viel.

5 Am Ufer des braunen Flusses steht ein weißes  
Holzschild. »Harap hati-hati awas!!! Ada Buya«  
steht da in frischer, roter Farbe. Eine Warnung  
vor Krokodilen. »Die«, sagt Masdon wütend,  
»kommt zu spät«. Eine Woche zuvor wurden hier  
10 zwei Frauen von einem Krokodil getötet. Sie hat-  
ten sich im Fluss gewaschen. Hier gibt es kein  
fließendes Wasser, der nächste Brunnen ist weit  
entfernt. Vom Ufer führt ein Pfad zu erbärmli-  
chen Baracken, der Boden ist übersät mit Müll,  
15 ein Streifen Matsch stinkt bestialisch: eine offene  
Kloake. Nicht mal Plumpsklos gibt es hier, wo die  
Arbeiterinnen und Arbeiter leben.

Das Elend, in das mich Masdon geführt hat,  
liegt in einer riesigen Palmölplantage in Nordsu-  
20 matra. Dort ließen die niederländischen Kolonial-  
herrscher schon 1911 die ersten Ölpalmen pflan-  
zen. Heute sind zwei Drittel der indonesischen  
Insel damit bedeckt. Dass für das meistproduzierte  
Pflanzenfett der Welt Regenwälder vernichtet und  
25 Indigene vertrieben werden, dass Orang-Utans  
vom Aussterben bedroht sind – all das hat für Auf-  
merksamkeit und Kritik gesorgt.

Das Leid der Palmölsklaven aber ist tief in den  
Plantagen verborgen. Dabei sind gerade sie es, die  
30 diesen Rohstoff so billig und die Palmöl- und  
Konsumgüterindustrie so reich machen – weil sie  
gnadenlos ausgebeutet werden und ihre Löhne  
noch schlechter sind als zur Kolonialzeit. Des-  
halb kämpft Masdon seit mehr als 20 Jahren für  
sie. Keine ungefährliche Angelegenheit: »In der  
Soeharto-Ära saß ich deswegen schon im Knast  
und wurde gefoltert. Heute hetzen mir Palmölfir-  
men Polizisten auf den Hals, die mein Büro ausei-  
nandernehmen und mich bedrohen.« Masdon ist  
40 deshalb nicht der richtige Name des ehemaligen  
Anwalts, der 51-Jährige nutzt ein Pseudonym.

Vor der Baracke steht eine Kiste, in der stin-  
kende Fische an der Sonne trocknen. In den win-  
zigen düsteren Räumen liegen Matratzen und  
45 Tücher auf dem Boden. Manche Familien leben  
hier seit Generationen – seit der Kolonialzeit.  
Vor der Hütte sitzen vier Frauen: Sprüherinnen,  
die Pestizide ausbringen. Sie töten das Unkraut  
an den Stämmen, damit die Palmfrüchte besser  
50 geerntet werden können. Bis zu 30 Kilo wiegen  
die Kanister, die sie auf dem Rücken tragen und  
bis zu zwölfmal am Tag wieder auffüllen müssen.  
»Wir haben Ausschläge und Atembeschwerden«,  
sagt eine Frau zögerlich und zeigt ein Stück Stoff.  
55 »Eine Schutzmaske bekommen wir einmal im Jahr.  
Wenn sie kaputt ist, müssen wir eine neue selbst  
kaufen.« Bezahlen müssen sie die von den drei  
Euro, die sie am Tag verdienen.

Plötzlich bremst neben uns ein Motorrad. Nach  
60 einem kurzen Wortwechsel hastet Masdon zum  
Auto: »Schnell weg, der ist von der Security.« Kein  
Wunder, dass die Frauen so verängstigt waren. Wer  
aufmuckt, kann schnell seinen Job verlieren und  
damit auch seine Lebensgrundlage.

Als wir die Plantage der Firma Rimba Mujur  
Makato, ein Sublieferant des Konzerns Unilever,  
im Juni 2014 besuchen, wird sie vom TÜV Rhein-  
land inspiziert. Sie soll das begehrte Nachhaltig-  
keitssiegel des Roundtable on Sustainable Palmoil  
70 (RSPO) erhalten. Die vom WWF, Unilever und  
der Palmölindustrie gegründete Initiative ist ho-  
chumstritten, weil Mitglieder illegal abholzen  
und Menschenrechte verletzen. Erst 2016 belegte  
eine Studie von Amnesty International schwere  
75 Arbeitsrechtsverletzungen auf RSPO-Plantagen:  
Zwang zu unbezahlten Überstunden, Einsatz des  
hochgiftigen, in Europa verbotenen Gifts Paraquat  
und gefährliche, ausbeuterische Kinderarbeit. ■ Quel-

le: Der Artikel von Kathrin Hartmann erschien in der *Frankfurter Rundschau* vom  
27.07.2018 und entstand bei Recherchen zu ihrem Buch »Aus kontrolliertem  
Raubbau« (Blessing-Verlag).

## M2 Indische Textilindustrie

1 Immer wieder wird über schlechte Arbeitsbedin-  
gungen und Zwangsarbeit im südasiatischen Tex-  
tilsektor berichtet, wie zum Beispiel unter dem  
Sumangali-System [...]. Dabei werden unverhei-  
ratete junge Frauen im Alter von 14 bis 18 Jahren  
vom Land in die Textilfabriken und Spinnereien  
von Tirupur (Indien) [...] gelockt.

Den Frauen wird versprochen, dass sie am  
Ende ihres Arbeitsvertrags nach zwei oder drei  
Jahren eine Prämie von umgerechnet 1.500 bis  
2.500 Euro ausbezahlt bekommen, die sie für ihre  
Mitgift verwenden können (Sumangali bedeutet  
»glückliche Braut«). Während dieser Zeit bekom-  
men die jungen Frauen lediglich einen mickrigen  
Tageslohn und dürfen oft die Fabrik oder Spin-  
nerei nicht verlassen. Sie werden in sogenannten  
Hostels auf dem Fabrikgelände untergebracht, in  
denen sie zusammengepfercht mit mehreren ande-  
ren Frauen ein Zimmer teilen müssen. Sie klagen  
über nährstoffarmes Essen und darüber, dass sie  
kaum Kontakt zu ihren Familien haben, da sie die  
Hostels nicht verlassen dürfen und Telefongesprä-  
che nur im Beisein des Sicherheitspersonals führen  
können.

Vielen von ihnen wird kurz vor dem Ablauf  
ihrer Arbeitszeit aus fadenscheinigen Gründen  
gekündigt, sodass sie leer ausgehen und zwei oder  
sogar drei Jahre umsonst geschuftet haben. Nach  
mehreren Berichten von Menschenrechtsorgani-  
sationen werben die Spinnereien und Fabriken  
nun nicht mehr mit dem Sumangali-System, die  
Arbeitsbedingungen für die jungen Frauen haben  
sich allerdings kaum verbessert.

In Bangalore [...] ist die Textilindustrie von  
großer Bedeutung. In über 1.000 Fabriken arbei-  
ten dort rund eine halbe Million meist weibliche  
Beschäftigte. [...] Die Arbeiterinnen klagen über  
den Stress, dem sie wegen des hohen Produktions-  
solls ausgesetzt sind. Schon beim kleinsten Fehler  
werden sie beschimpft und ihre Arbeit in Frage  
gestellt. Manchmal wirft ihnen der Vorarbei-  
ter Textilfetzen ins Gesicht. Sie klagen aber auch  
über körperliche Leiden wie Asthma, das durch  
das Einatmen des feinen Textilstaubs verursacht  
wird, Krampfadem vom ständigen Stehen oder  
Sitzen und Harnwegserkrankungen. Um nicht so  
oft Toilettenpausen einlegen zu müssen und so  
ihr Produktionssoll schneller zu erreichen, trinken  
viele Arbeiterinnen zu wenig.

Immer mehr junge unverheiratete Arbeiterin-  
nen aus Nord- und Ostindien kommen auf der

Suche nach Arbeit nach Bangalore. [...] Dort  
werden sie jedoch oft nur als Helferinnen der  
niedrigsten bezahlten Kategorie angestellt [...].  
Häufig dürfen die jungen Frauen ihr Hostel nur  
am Sonntag, dem einzigen freien Tag in ihrer  
Sechs-Tage-Arbeitswoche, für ein paar Stunden  
und manchmal sogar nur in Begleitung verlassen,  
um ein paar persönliche Einkäufe zu machen.

Arbeiterinnen, die sich einer Gewerkschaft wie  
der Garment Labour Union (GLU) anschließen,  
sind Diskriminierungen ausgesetzt. Auch des-  
halb gehören von den 500.000 Beschäftigten im  
Textilsektor in Bangalore weniger als fünf Pro-  
zent einer Gewerkschaft an. [...]. Die Gewerk-  
schaften erreichen die Arbeiterinnen häufig nur  
über Trainings- und Beratungsangebote, die sie  
an Sonn- und Feiertagen anbieten. Dazu laden sie  
auch Experten zu Themen wie gesetzliche Kranken-  
und Rentenversicherung ein. Die Frauen aus  
anderen Regionen Indiens kennen ihre Rechte  
häufig auch deshalb nicht, weil sie keine der in  
Bangalore verbreiteten Sprachen sprechen. [...].  
In den Fabriken werden Mitglieder der GLU oft  
von anderen Arbeiterinnen isoliert oder an ei-  
nen anderen Arbeitsplatz versetzt. Arbeiterinnen,  
die ihre Rechte einfordern, werden massiv unter  
Druck gesetzt, müssen sich zur Strafe in die Ecke  
stellen oder stundenlang ohne Arbeit im Büro des  
Personalmanagers sitzen. [...] Eine der Gründe-  
rinnen der GLU wurde von ihrem Arbeitgeber  
von der Arbeit freigestellt und erhält nach wie vor  
ihren Basislohn. Die Fabrik zahlt ihr lieber ihr Ge-  
halt weiter, als eine kritische Stimme unter den  
Arbeiterinnen zu dulden. ■ Quelle: Laura Ceresna-Chaturvedi in

*Südlink. Das Nord-Süd-Magazin von INKOTA (180), 2017.*

### ARBEITSVORSCHLAG

Lesen Sie M2 und fassen Sie den Text auf ei-  
nem Plakat zusammen. Gehen Sie dabei auf  
folgende Punkte ein:

- Wie ist die Lebenssituation der Arbeiter\_in-  
nen?
- Wie sind ihre Arbeitsbedingungen?
- Welche ILO-Normen (siehe Infokasten) wer-  
den verletzt?
- Welche gesellschaftlichen und wirtschaftli-  
chen Hintergründe für die Situation werden  
beschrieben?

Entwickeln Sie aus dem Text heraus eine Sta-  
tue oder eine kurze Theaterszene.

### M3 Die bittere Wahrheit über Schokolade

1 Kakao wird aufgrund seiner besonderen Wachstums-  
voraussetzungen nur in wenigen Ländern  
entlang des Äquators angebaut. Mit 70 Prozent  
stammt der Großteil des weltweit angebauten  
Kakaos aus den vier westafrikanischen Ländern  
Côte d'Ivoire, Ghana, Nigeria und Kamerun.  
Dort liegt der Kakaoanbau zu 90 Prozent in den  
Händen von Familienbetrieben mit 2 bis 5 Hektar  
Anbaufläche. Der Kakaoanbau ist sehr arbeitsintensiv  
und erfolgt zum Großteil in Handarbeit.  
Die Kakaoschoten reifen nicht alle zur selben Zeit,  
wodurch eine kontinuierliche Pflege und Ernte  
notwendig ist. Darüber hinaus sind Kakaobäume  
sehr anfällig für Krankheiten und Schädlinge, die  
sich in dichten Baumreihen schnell ausbreiten und  
massive Ernteauffälle zur Folge haben können.  
Schokolade ist eine der beliebtesten Süßigkeiten  
weltweit. [...] Deutsche haben dabei einen  
besonders ausgeprägten Appetit: Sie essen jährlich  
ca. zehn Kilogramm pro Kopf und gehören damit  
zu den europäischen Spitzenreitern. Der süße  
Genuss hat jedoch einen bitteren Beigeschmack:  
Millionen von Kleinbäuerinnen und -bauern  
produzieren den Kakao für unsere Schokolade unter  
menschennurwürdigen Lebens- und Arbeitsbedingungen.  
[...] In der Schokoladenproduktion beherrschen  
sieben Unternehmen über zwei Drittel des Weltmarktes.  
Der geschätzte Nettoumsatz der Schokoladenindustrie  
liegt bei 100 Milliarden US-Dollar im Jahr. Dem  
gegenüber stehen 5,5 Millionen Bäuerinnen und  
Bauern, die Kakao anbauen. Insgesamt ist für  
40 bis 50 Millionen Menschen Kakao die Haupteinnahmequelle.  
Jedoch ist der Anbau von Kakao kein rentables  
Geschäft. Das Einkommen der meisten Kakaobauernfamilien  
liegt deutlich unter der Armutsgrenze. In Ghana  
liegt das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen  
bei 0,76 Euro am Tag, in Côte d'Ivoire beträgt es  
sogar nur 0,45 Euro.  
Nur etwa sechs Prozent des Verkaufspreises für  
eine Tafel Schokolade kommt den Bäuerinnen  
und Bauern zugute. Der Anteil der Schokoladenunternehmen  
am Verkaufspreis liegt bei 35 Prozent. In den  
letzten 40 Jahren ist der Preis für Rohkakao  
deutlich gesunken [...] Die Bauern und Bäuerinnen  
erhalten zudem nicht den vollen Weltmarktpreis:  
Durch hohe Margen der Zwischenhändler, nationale  
Handels- und Abgabestrukturen oder Qualitätsverluste  
aufgrund fehlender Lagerkapazitäten büßen sie  
nochmal einen Teil ihres Einkommens ein. Das  
Einkommen vieler Kakaobauernfamilien basiert  
fast ausschließlich auf dem Anbau von Kakao,  
was ihre ökonomische

Verwundbarkeit aufgrund von Preisschwankungen  
erhöht.  
Auf dem Kakaomarkt kommt es immer wieder  
zu starken und abrupten Preisschwankungen.  
Der Grund dafür können zum Beispiel Ernteeinbußen  
aufgrund ungünstiger Witterungsverhältnisse  
oder durch Krankheits- und Schädlingsbefall sein.  
Auch die Preisspekulation an den Rohstoffbörsen  
trägt zum schwankenden Kakaopreis bei. [...] Aufgrund  
der niedrigen Einkommen können sich die meisten  
Kakaobäuerinnen und -bauern die Einstellung  
regulärer Arbeitskräfte nicht leisten. Sie greifen  
in der Folge häufig auf die eigenen Kinder als  
unbezahlte Erntehelfer zurück. Allein in Côte  
d'Ivoire und in Ghana arbeiten etwa zwei  
Millionen Kinder auf Kakaoplantagen. 90 Prozent  
der Kinder arbeiten unter Bedingungen, die nach  
den Kriterien der Internationalen Arbeitsorganisation  
(ILO) verboten sind (ILO-Richtlinien 182 und 138).  
Diese Kinder sind durch starke körperliche  
Belastungen sowie den Umgang mit gefährlichen  
Werkzeugen und Chemikalien massiven  
Gesundheitsrisiken ausgesetzt. Für viele von  
ihnen wird ein Schulbesuch unmöglich. Die  
Kinderarbeit hat seit 2008 zugenommen – obwohl  
die größten Schokoladenunternehmen bereits 2001  
versprochen hatten, »die schlimmsten Formen  
von Kinderarbeit in Ghana und Côte d'Ivoire zu  
eliminieren« (Harkin-Engel-Protokoll). Neben  
der Mitarbeit von jungen Familienmitgliedern  
ist Kinderhandel eine weitere Facette des Problems:  
Insbesondere in Côte d'Ivoire werden Kinder,  
die aus den Nachbarländern Mali und Burkina Faso  
verschleppt wurden, für wenig Geld von Händlern  
gekauft und als billige Arbeitskräfte ausgebeutet.  
[...] Quelle: Infoblatt des INKOTA-netzwerk e.V. zur  
Kampagne »Make Chocolate Fair!« (2017).

#### ARBEITSVORSCHLAG

Lesen Sie M3 und fassen Sie den Text auf einem  
Plakat zusammen. Gehen Sie dabei auf folgende  
Punkte ein:

- Wie ist die Lebenssituation der Arbeiter\_innen?
- Wie sind ihre Arbeitsbedingungen?
- Welche ILO-Normen (siehe Infokasten) werden verletzt?
- Welche gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Hintergründe für die Situation werden beschrieben?

Entwickeln Sie aus dem Text heraus eine Statue  
oder eine kurze Theaterszene.



#### M4 Produktion von Orangensaft

1 *Niedrigpreise in Deutschland, Ausbeutung in Brasilien*  
 . Im brasilianischen Bundesstaat São Paulo stehen  
 . etwa 200 Millionen Orangenbäume. Von hier  
 . kommt rund die Hälfte der weltweiten Orangen-  
 5 . ernte. Die meisten Früchte werden zu Saft gepresst –  
 . und der landet zu zwei Dritteln in der EU, zu 17  
 . Prozent in Deutschland. [...]

10 . Doch wie kommt der günstige Preis zustan-  
 . de? Schließlich durchläuft der Saft eine lange  
 . Produktionskette und hat weite Transportwege  
 . hinter sich. [...] Kostet eine Packung Orangen-  
 . saft in einem deutschen Supermarkt beispielweise  
 . 89 Cent, gehen davon etwa 19 Cent an die Su-  
 . permarktkette. Etwa 25 Cent erhalten die deut-  
 15 . schen Abfüllunternehmen, die den Saft aus dem  
 . brasilianischen Orangensaftkonzentrat herstellen  
 . und in die Packung füllen. 14 Cent sind Steuern,  
 . etwa 11 Cent kosten Transport, Zölle und Ver-  
 . waltung. Übrig bleiben etwa 20 Cent. Von diesen  
 20 . müssen die Kosten des Orangenanbaus und der  
 . brasilianischen Saftindustrie gedeckt werden –  
 . und die Saftindustrie möchte auch noch Gewinn  
 . erwirtschaften.

25 . Ganz hinten in der Kette stehen die brasiliani-  
 . schen Plantagenarbeiter und Kleinbauern. Die  
 . Orangenbäume stehen in Monokultur auf riesigen  
 . Plantagen. Das macht sie sehr anfällig für Schäd-  
 . linge und Krankheiten – daher werden chemi-  
 . sche Pflanzenschutzmittel intensiv eingesetzt. Die  
 30 . Früchte werden weitgehend von Menschenhand  
 . geerntet.

35 . [...] Die Plantagenarbeiter erhielten meist be-  
 . fristete Saisonverträge. Sie zögen von Plantage zu  
 . Plantage, die Säcke mit Früchten auf ihrem Rücken  
 40 . wögen bis zu 30 Kilogramm. Die Arbeiter  
 . stünden unter sehr hohem Arbeitsdruck. Seien sie  
 . nicht produktiv genug, erhielten sie in der nächs-  
 . ten Saison keinen Vertrag mehr. Viele ließen da-  
 . her die Mittagspause, die ihnen eigentlich zusteht,  
 45 . ausfallen. Für zwei Tonnen gepflückte Orangen  
 . am Tag erhielten die Arbeiter umgerechnet etwa  
 . 9 Euro. Das liegt unterhalb des von brasilianischen  
 . Gewerkschaften genannten Existenzminimums.  
 . Die versprühten Chemikalien gefährden den Re-  
 50 . cherchen zufolge die Gesundheit und immer wie-  
 . der komme es zu schweren Unfällen, weil keine  
 . sicheren Leitern gestellt würden.

55 . Ein Teil der Plantagen gehört der brasiliani-  
 . schen Saftindustrie, die die Orangen presst und  
 . zu Konzentrat verarbeitet. Drei große Konzerne  
 . bestimmen den Markt: [...] Für die Arbeiter auf  
 . ihren Plantagen sind die drei Großen in der Regel  
 . rechtlich nicht als Arbeitgeber verantwortlich –

60 . die Orangenpflücker schließen ihren Vertrag mit  
 . Arbeitsvermittlern, sogenannten Gatos ab. [...]  
 . Das ermöglicht der Saftindustrie [...] Löhne zu  
 . drücken.

65 . Viele Plantagen werden auch von Kleinbauern  
 . betrieben. Aufgrund der Marktmacht [...] sind  
 . die Bauern gezwungen, ihre Orangen an diese  
 . Unternehmen zu verkaufen. Die drei Marktfüh-  
 . rer können, so die Studie, den Preis, den sie den  
 . Bauern zahlen, fast beliebig bestimmen, auch weil  
 . sie sich zu Beginn der Ernte untereinander ab-  
 70 . sprechen. Im Jahr 2012 wurden sie wegen Kar-  
 . tellbildung in Brasilien zu Geldstrafen verurteilt.  
 . Für eine Kiste Orangen, 40 Kilogramm schwer,  
 . erhielten die Bauern umgerechnet etwa 2,60  
 . Euro. Das decke oft nicht einmal mehr die Kos-  
 75 . ten. Falle der Weltmarktpreis für Orangen an der  
 . Börse während der Erntezeit, müssten die Bauern  
 . die Differenz bezahlen. Solche Praktiken führen  
 . dazu, dass die Bauern ihrerseits Plantagenarbeiter  
 . ausbeuten. Viele Bauern geben auf, verkaufen ihr  
 . Land und werden selbst zu Wanderarbeitern. [...]

80 . Am anderen Ende der Produktionskette, in  
 . Deutschland, sorgt die Marktmacht der wenigen  
 . großen Einzelhandelskonzerne für niedrige Preise.  
 . Der Vertrieb von Orangensaft läuft hierzulande  
 85 . fast ausschließlich über die großen Supermarkt-  
 . und Discounterketten. Sie bestimmen, so der Be-  
 . richt, die Arbeits- und Produktionsbedingungen  
 . entlang der gesamten Lieferkette mit, streichen  
 . hohe Gewinne ein. Die Verantwortung für die Ar-  
 . beiter in Brasilien aber [...] delegieren sie einfach  
 . in der Produktionskette nach unten. Rechtlich  
 . sähen sie sich für diese nicht zuständig. Ähnlich  
 . argumentieren die brasilianischen Saftkonzerne:  
 90 . Sie verweisen auf die örtlichen Arbeitsvermittler.  
 . [...] ■ Quelle: © Jan Wittenbrink auf Spiegel online vom 08.10.2013.

#### ARBEITSVORSCHLAG

Lesen Sie M4 und fassen Sie den Text auf einem Plakat zusammen. Gehen Sie dabei auf folgende Punkte ein:

- Wie ist die Lebenssituation der Arbeiter\_innen?
- Wie sind ihre Arbeitsbedingungen?
- Welche ILO-Normen (siehe Infokasten) werden verletzt?
- Welche gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Hintergründe für die Situation werden beschrieben?

Entwickeln Sie aus dem Text heraus eine Statue oder eine kurze Theaterszene. —————

**M5 Wein aus  
Südafrika**

1 Die Preise für Wein aus Südafrika sind stark gefallen, zeigt eine Oxfam-Studie. Darunter leiden die Arbeiterinnen wie Marai Balie.

5 Oft weiß Marai Balie nicht, wie sie über die Runden kommen soll. Dann hangelt sie sich von einem Freitag, an dem der Lohn ausgezahlt wird, zum nächsten. 600 Rand, umgerechnet 40 Euro, verdient sie pro Woche auf einer Traubenfarm im Hax River Valley in Südafrika. Mit dem Geld müssen sie, ihr Sohn und ihre Mutter auskommen. Vor allem an frischen Lebensmitteln fehle es deshalb oft.

15 Dabei kann die Familie froh sein, wenn es überhaupt 600 Rand sind, die Balie am Ende der Woche ausbezahlt bekommt. »Die Farmer finden immer neue Möglichkeiten, um den Lohn zu drücken«, sagt die 45-Jährige. Meist machten sie unrealistische Zielvorgaben und senkten das Gehalt, wenn Arbeiterinnen sie nicht erreichten. »Über die Jahre sind die Arbeitsbedingungen immer schlechter geworden«, sagt Balie.

20 Laut der Nichtregierungsorganisation Oxfam liegt das zum Teil auch an den deutschen Supermärkten – und Verbrauchern. Wenn Wein aus Südafrika hierzulande für 2,50 Euro verkauft werde, sei klar, dass davon nur wenig bei den Arbeiterinnen ankomme. Seit 2000 sind die Preise, die deutsche Händler für Wein aus Südafrika zahlen, um 80 Prozent gefallen, rechnet Oxfam vor. Gerade einmal 14 Cent bekämen Farmer für ein Kilogramm Trauben, die zu Discounter-Wein verarbeitet werden.

25 Ein Teil des Problems ist demnach der sogenannte Tankwein. Fast 80 Prozent des Weins aus Südafrika wird inzwischen nicht mehr vor Ort abgefüllt, sondern in großen Tanks nach Europa gebracht. Das macht ihn für die deutschen Importeure besonders billig. Speziell gekennzeichnet wird dieser Tankwein nicht. Erkennen können Verbraucher ihn lediglich daran, dass auf dem Etikett ein deutscher Abfüller angegeben ist. »Die Supermärkte diktieren ruinöse Preise«, kritisiert Oxfam-Referentin Franziska Humbert. »Diesen Preisdruck geben die Produzenten nach unten weiter: an die Arbeiterinnen, die auf den Plantagen schuften.« An Menschen wie Marai Balie.

30 Sie sitzt an diesem Nachmittag im Foyer eines Hotels unweit vom Moritzplatz in Kreuzberg und berichtet, wie es auf den Feldern zugeht. Wie sie würden die meisten Arbeiterinnen oft nur noch als Saisonkräfte und damit als Angestellte zweiter Klasse beschäftigt. So stellten Farmer ihnen zum

Beispiel keine Schutzkleidung zur Verfügung – und das obwohl häufig direkt in der Nähe der Arbeiterinnen Pestizide versprüht würden.

35 »Nicht selten müssen wir die Früchte anfasen, direkt nachdem gespritzt wurde«, sagt Balie. Viele Arbeiterinnen litten deshalb unter Asthma oder Hautausschlag. Auch Toiletten gibt es für die Frauen auf den Feldern oft keine. »Manchmal erlauben die Vorarbeiter einem noch nicht einmal eine Pause, um sich in den Büschen zu erleichtern«, sagt Balie.

40 So offen wie sie sprechen nur wenige Frauen über die Arbeitsbedingungen auf den Feldern in Südafrika. Viele trauten sich das nicht, auch weil sie ihre Rechte nicht kennen. So werden Gewerkschaftler laut Oxfam meist daran gehindert, die Felder oder Höfe auch nur zu betreten. Arbeiterinnen, die trotzdem aufbegehren, müssten um ihre Jobs fürchten. Balie zum Beispiel engagiert sich seit ein paar Jahren bei »Women on Farms«, einer Organisation, die die Arbeitsbedingungen der Frauen auf Plantagen verbessern will. »Seitdem stehe ich auf einer schwarzen Liste«, sagt sie. Häufig könne sie nicht lange auf einer Farm bleiben, werde entlassen, sobald sie andere Frauen über ihre Rechte aufkläre.

45 Oxfam führt diese Bedingungen auch auf die Marktmacht der deutschen Supermarktketten zurück: Die vier Größten – Edeka, Rewe, Aldi und die Schwarz-Gruppe mit Lidl und Kaufland – stünden hierzulande für 80 Prozent des Weinmarktes und würden das ausnutzen. Die Konzerne selbst weisen den Vorwurf zurück und wollen auch von den Problemen der Arbeiterinnen nichts wissen. [...] ■ Quelle: © Carla Neuhaus in *Der Tagesspiegel*

vom 10.10.2017.

**ARBEITSVORSCHLAG**

Lesen Sie M5 und fassen Sie den Text auf einem Plakat zusammen. Gehen Sie dabei auf folgende Punkte ein:

- Wie ist die Lebenssituation der Arbeiter\_innen?
- Wie sind ihre Arbeitsbedingungen?
- Welche ILO-Normen (siehe Infokasten) werden verletzt?
- Welche gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Hintergründe für die Situation werden beschrieben?

Entwickeln Sie aus dem Text heraus eine Statue oder eine kurze Theaterszene.

## M6 Imperiale Lebensweise

1 Der Begriff der imperialen Lebensweise be-  
zeichnet Produktions- und Konsummuster, die  
einen überproportionalen Zugriff auf Natur und  
Arbeitskraft im globalen Maßstab voraussetzen.

5 In der von Massenproduktion und -konsum ge-  
prägten Phase des Kapitalismus von den 1950er  
bis zu den 1970er Jahren hat sich die imperiale  
Lebensweise im globalen Norden verallgemeinert.  
Energie- und materialintensive Produktions- und  
Konsummuster begannen, auch den Alltag der  
Lohnabhängigen zu prägen: Preiswerte (agro-)  
industriell hergestellte Lebensmittel, preisgünsti-  
ge Kleidung, elektrische Haushaltsgeräte und das  
private Automobil wurden für viele nicht nur zum  
selbstverständlichen Gebrauchsgegenstand, son-  
dern auch zum Statussymbol und zur Notwen-  
digkeit, um am beruflichen und gesellschaftlichen  
Leben teilhaben zu können. Als Versprechen  
ebenso wie als Zwang schrieb sich die imperiale  
Lebensweise in die Alltagspraxen vieler Menschen  
ein, ohne dabei grundlegende gesellschaftliche  
Ungleichheitsverhältnisse außer Kraft zu setzen.

Die natürlichen Ressourcen, auf denen dies be-  
ruhte, kamen nicht zuletzt aus den Ländern des  
globalen Südens, wo sie oft unter sozial und öko-  
logisch verheerenden Bedingungen extrahiert bzw.  
angebaut wurden. Mit den CO<sub>2</sub>-Emissionen, die  
bei der Herstellung und Nutzung der Massenkon-  
sumgüter anfallen, verhielt es sich umgekehrt: Sie  
wurden gleichsam in den globalen Süden zurück-  
geschickt und dort absorbiert (z. B. in Regenwäl-  
dern) – oder aber sie konzentrierten sich in der  
Atmosphäre und trugen damit zum Klimawandel  
bei. Die sozial-ökologischen Vorleistungen und  
Kosten der imperialen Lebensweise wurden mit-  
hin auf ein Außen verlagert.

Die imperiale Lebensweise basiert auf einer im-  
perialistischen Weltordnung: Politischer Druck,  
militärischer Zwang und ungerechte Handelsab-  
kommen sichern sie ab. [...] Die imperiale Lebens-  
weise »normalisiert« den Imperialismus. Seit den  
1970er Jahren hat sich die imperiale Lebensweise  
im globalen Norden weiter verfestigt. Zudem  
machen sich die Mittel- und Oberschichten in  
Schwellen- und ärmeren Ländern energie- und  
materialintensive Produktions- und Konsummus-  
ter zu eigen. Damit schrumpft das Außen, auf das  
die imperiale Lebensweise angewiesen ist, mit der  
Folge, dass sich der globale Wettstreit um Arbeits-  
kraft und Natur verschärft

Das Konzept der imperialen Lebensweise ist da-  
für kritisiert worden, dass es den Klassengegensatz  
und die zunehmende Ungleichheit im globalen  
Norden zugunsten des Gegensatzes zwischen  
Norden und Süden vernachlässige. Von einem

vereinheitlichenden »Wir« des globalen Nordens  
kann aber in Zeiten, in denen die Versprechen der  
imperialen Lebensweise für eine wachsende Zahl  
von Menschen nicht einlösbar sind, nicht ausge-  
gangen werden. Die Kategorien »globaler Nor-  
den« und »globaler Süden« selbst müssen deshalb  
differenzierter behandelt werden. Aus feministi-  
scher Perspektive wurde darauf hingewiesen, dass  
Frauen – und in jüngerer Zeit zunehmend Migran-  
t\_innen z. B. als Altenpfleger\_innen – mit ihrer  
un- oder unterbezahlten Reproduktionsarbeit die  
Kosten der imperialen Lebensweise tragen. Der  
dieser zugrundeliegende gesellschaftliche Kom-  
promiss beruht somit auch auf der geschlechtsspe-  
zifischen Arbeitsteilung.

Diese Anregungen lassen sich in das Konzept  
integrieren. So beinhaltet die imperiale Lebens-  
weise nicht einfach nur eine Angleichung von  
Lebensverhältnissen, sondern auch eine Hier-  
archisierung. Gerade ungleiche Gesellschaften  
verursachen, vermittelt über Konkurrenzzwänge  
und Statuskonsum, hohe sozial-ökologische Kos-  
ten, und je höher das Einkommen, desto höher  
ist auch der ökologische Fußabdruck. Insofern  
können sich Bewegungen gegen soziale Ungleich-  
heit und solche gegen (globale) sozial-ökologische  
Ungleichheiten wechselseitig stärken. Die Vor-  
aussetzung dafür ist, dass Ungleichheit nicht nur  
als Verteilungsfrage betrachtet wird. Das Pri-  
vateigentum an den Produktionsmitteln gehört  
ebenso auf den Prüfstand wie der vorherrschende,  
auf Erwerbsarbeit konzentrierte und Sorgearbeit  
abwertende Arbeitsbegriff. ■ Der Text erscheint 2019 leicht  
verändert im *ABC der globalen (Un)Ordnung*, VSA-Verlag, Hamburg. Der Autor  
Markus Wissen hat 2017 zusammen Ulrich Brand das Buch *Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus*, Oekom-Verlag,  
München veröffentlicht.

### ARBEITSVORSCHLAG

1. Lesen Sie M6 und erläutern Sie den Begriff der »imperialen Lebensweise« in eigenen Worten.
2. Nennen Sie Aspekte aus Ihrem zuvor bearbeiteten Text (M2 bis M5), die sich in M6 wiederfinden. Wie hängen sie miteinander zusammen?
3. Recherchieren Sie, welche Alternative zur »imperialen Lebensweise« auf der Seite <https://aufkostenanderer.org> vorgeschlagen werden. Stellen Sie drei konkrete Vorschläge vor.
4. Nehmen Sie persönlich zum Begriff der »imperialen Lebensweise« und den vorgestellten Alternativen Stellung.



## M1 Mehr Sklaven als jemals zuvor

1 Interview mit dem Filmemacher Marc Wiese

· **Herr Wiese, Sie haben einen Film über Sklaverei gemacht, das klingt irgendwie nach Geschichtsunterricht.**

5 Nein, es geht nicht um Geschichtsunterricht, sondern um moderne Sklaverei. Ich bin auf das Thema gestoßen als ich im Time-Magazin gelesen habe, dass es heutzutage mehr Sklaverei gibt, als jemals in der Menschheitsgeschichte zuvor. Natürlich ist die Gesamtbevölkerung angestiegen, trotzdem hat es mich sehr überrascht, dass die Zahl der Sklaven – etwa 40 Millionen Menschen – höher ist als zu Zeiten der Kolonien oder der Sklaverei in Amerika.

15 **Was bedeutet modernen Sklaverei?**

· Es gibt unterschiedliche Definitionen. Für mich ist es definitiv der Entzug der Freiheit. Was für mich nicht darunter fällt ist harte und schlecht bezahlte Arbeit. Das ist unfair, aber Sklaverei ist es erst, wenn es ganz ohne Bezahlung ist und Menschen die Freiheit genommen wird.

20 Ein Anzeichen ist die Abnahme des Reisepasses. Klassische Mittel der Versklavung sind auch Entführungen und die ständige Drohung mit Gewalt bis hin zur eiskalten und brutalen Gewaltausübung. Weltweit sind gerade Flüchtlinge in Gefahr, auf ihrem Weg entführt und versklavt zu werden.

· **Worum geht es in Ihrem Film genau?**

30 Ein Thema sind Kindersoldaten als Form der modernen Sklaverei. Kinder werden entführt, werden mit brutalster Gewalt zu Arbeitsklaven gemacht, zu Sexsklaven gemacht oder zu Soldaten gemacht. Das zeigen wir am Beispiel der Lord's Resistance Army aus Uganda.

35 Ein weiterer Bereich war die Fischerei in Südost-Asien. Da wird Menschen aus Myanmar/Burma Arbeit versprochen und sie kommen auf Schiffe, die gar nicht mehr anlegen, sondern von anderen Schiffen versorgt werden. Dort herrschen auch unglaubliche Zustände, bei Widerstand wird gefoltert und gemordet. Und wir hatten Protagonisten, die teilweise bis zu 17 Jahre auf einem Schiff waren.

45 Danach sind wir nach Indien gefahren mit einem australischen Milliardär, der persönlich hart an dem Ziel arbeitet, die moderne Sklaverei abzuschaffen. Er hat von seinem eigenen Geld 250 Millionen in die Hand genommen und damit Organisationen gegründet, die sich gegen Sklaverei einsetzen. Dort haben wir mit Leuten gesprochen, die aus der Sklaverei befreit wurden.

· Wir haben in Großbritannien Haushaltssklaverei thematisiert, am Beispiel einer Philippinin, die

55 in einem saudi-arabischen Haushalt gearbeitet hat. Scotland Yard hat eine Spezialeinheit mit vielen Mitarbeitern gebildet, die sich ausschließlich mit moderner Sklaverei beschäftigen. Nach offiziellen Zahlen aus Großbritannien gibt es dort immer noch an die 14.000 Sklaven.

60 Etwas Vergleichbares auf polizeilicher Ebene gibt es in Deutschland nicht. Hier hält man die Augen davor noch verschlossen.

· **Das Thema Sklaverei hat also auch mit unserem Leben hier in Europa und in Deutschland zu tun?**

65 Das hat sehr viel mit uns zu tun. Das ist nicht nur ein Dritte-Welt-Problem, das haben wir auch hier in Europa.

70 Zudem gibt es Sklavenarbeit in den Lieferketten großer Unternehmen. Und drittens ist die Frage, inwiefern wir solche Geschäfte mit unserem Konsum befeuern. Als ich in den sechziger Jahren noch ein Kind war, waren Garnelen zum Beispiel ein kostbares Luxusprodukt. Aber heute bekommst du sie für einen Spottpreis in jedem Billigsupermarkt. Mein logischer Menschenverstand sagt mir, dass das so nicht möglich ist. Wenn diese Nachfrage da ist, weil sich die Erkenntnis nicht durchsetzt, dass diese Produkte mit Sklavenarbeit zu tun haben, wird sich auch nichts ändern. Leider betrifft dies immer mehr Bereiche unserer täglichen Konsumgüter, unter anderem Handys und Kosmetikprodukte.

85 **Sklaverei ist ja ein sehr düsteres Thema. Konnten Sie auch etwas positives berichten?**

90 Es gibt Gegenbewegungen, aber man muss ganz klar sagen: Natürlich ist jeder Sklave, den du befreist und auch verhinderst, wertvoll, aber dem steht im Moment eine Anzahl von 40 Millionen gegenüber.

95 In Indien hatten wir ein positives Beispiel, das ich erleben durfte. Da gibt es kleine Ziegeleien und die Leute, die dort arbeiten, konnten sich alle befreien. Dort haben wir dann auch gefilmt und sind mit den Menschen ins Gespräch gekommen. Sie haben uns auch erzählt, dass Leute, die nur ein bisschen Widerstand geleistet haben, direkt ins Feuer geschmissen wurden und Frauen vergewaltigt wurden. Diese Menschen haben es letztendlich geschafft und wollen nun auch andere befreien. Aber während wir das filmten, hast du rundum in der Landschaft die ganzen Schornsteine gesehen von den ganzen kleinen Ziegeleien, die nicht befreit waren. Es gibt also positive Anzeichen, aber es gibt leider auch genauso viele düstere. ■ Marc Wiese

ist Dokumentarfilmer und hat 2018 den Film *Slaves – Auf den Spuren moderner Sklaverei* veröffentlicht.

## Moderne Sklaverei

### INFO

Offiziell ist **Sklaverei weltweit verboten**. In den früheren Sklavenhaltergesellschaften galten Sklaven als Eigentum ihrer Herren. Sklaverei war damals anerkannt und rechtlich abgesichert. Mit der Aufklärung wurden die Leibeigenschaft und die Sklavenhaltung der Europäischen Mächte in ihren Kolonialgebieten zunehmend kritisiert und schließlich abgeschafft. Heute gibt es keinen Staat mehr, der Sklaverei offiziell anerkennt. Artikel 4 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte lautet: »Niemand darf in Sklaverei oder Leibeigenschaft gehalten werden; Sklaverei und Sklavenhandel sind in allen ihren Formen verboten.«

Trotzdem gibt es weltweit immer noch illegale Formen extremer Ausbeutung die als **moderne Sklaverei** bezeichnet werden. Der Begriff wird unterschiedlich verwendet. Meistens sind damit Zwangsarbeit, Schuldknechtschaft, Menschenhandel, Zwangsprostitution und Zwangsheirat gemeint. Die Betroffenen können sich in der Regel nicht gegen die Situation wehren. Denn sie werden bedroht, erleben Gewalt, bekommen ihre Papiere abgenommen oder werden systematisch belogen.

#### Die wirksamsten Druckmittel

Wie Zwangsarbeiter\_innen im privatwirtschaftlichen Sektor gefügig gemacht werden:

0,9 %	unter Alkohol/Drogen gehalten
4,1 %	sexueller Gewalt unterworfen
4,3 %	Pass oder andere Papiere weggenommen
5,0 %	Strafen durch Schlaf- oder Essensentzug
5,7 %	rechtliche Schritte angedroht
6,6 %	Geldstrafen
6,7 %	zu weit weg von zu Hause, ohne Schutzort
6,7 %	bei der Arbeit oder in der Wohnung eingesperrt
9,1 %	zum Abzahlen von Schulden gezwungen sein
11,8 %	die Familie bedroht
14,4 %	körperlicher Gewalt unterworfen
17,0 %	mit Gewalt bedroht
23,6 %	Lohn vorenthalten
14,5 %	sonstiges

Quelle: DGB und Hans Böckler Stiftung – Atlas der Arbeit 2018 (CC BY 4.0).

Nach Angaben des **Global Slavery Index** und anderer Studien gab es **2016 über 40 Millionen Opfer moderner Sklaverei**. Ein Großteil von ihnen lebte in Afrika und Asien. Doch auch für die EU Staaten wird von 1,3 Millionen Fällen ausgegangen. In Deutschland waren es demnach 167 000 Fälle. Weltweit verrichten die meisten modernen Sklaven Zwangsarbeit. So arbeiten fast 26 Millionen Menschen unter Zwang in illegalen Fabriken, in der Landwirtschaft, auf Baustellen, in der Fischerei, in Bordellen oder in privaten Haushalten. Etwa die Hälfte von ihnen lebt in Schuldknechtschaft.

**Schuldknechtschaft** bedeutet, dass arme Menschen Kredite mit überhöhten Zinsen bekommen. Die Schulden wachsen durch die Zinsen schneller, als sie zurückbezahlt werden können. So werden die Menschen gezwungen ihre Schulden abzuarbeiten, ohne Chancen das schaffen zu können. Dazu kommt häufig die Androhung von Gewalt. Außerdem werden die Schulden auf die Kinder übertragen.

Seit ihrem Bestehen setzt sich die **Internationale Arbeitsorganisation (ILO)** gegen Zwangsarbeit ein. Die ILO ist eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen. Ihre Aufgabe ist es, soziale Gerechtigkeit sowie Menschen- und Arbeitsrechte zu befördern. Vier **Grundprinzipien** bestimmen das Selbstverständnis und das Handeln der ILO:

- Vereinigungsfreiheit und Recht auf Kollektivverhandlungen
- Beseitigung von Zwangsarbeit
- Abschaffung von Kinderarbeit
- Verbot von Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf

Diese Grundprinzipien wurden in acht Übereinkommen konkret ausgestaltet. Diese werden auch als Kernarbeitsnormen bezeichnet. Alle 187 Mitgliedstaaten der ILO verpflichten sich diese Abkommen zu befolgen:

- 1930** wurde beschlossen, dass Mitgliedstaaten **Zwangsarbeit möglichst bald beseitigen** müssen (Übereinkommen 29 sowie ein Protokoll dazu von 2014).
- 1948** wurde die **Vereinigungsfreiheit und der Schutz des Vereinigungsrechtes** beschlossen (Übereinkommen 87). Sowohl Arbeitnehmer\_innen als auch Arbeitgeber\_innen dürfen sich in Organisationen zusammenschließen. So haben Arbeitnehmer\_innen das Recht einer Gewerkschaft beizutreten.
- 1949** wurden das **Vereinigungsrecht und das Recht zu Kollektivverhandlungen** beschlossen (Übereinkommen 98). Arbeitnehmer\_innen darf nicht aufgrund einer Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft gekündigt werden und Gewerkschaften haben das Recht Tarifverhandlungen mit Arbeitgebern zu führen.
- 1951** wurde beschlossen, dass **Männer und Frauen gleichen Lohn für gleiche Arbeit** bekommen müssen (Übereinkommen 100).
- 1957** wurde die **Abschaffung der Zwangsarbeit** beschlossen (Übereinkommen 105).
- 1958** wurde beschlossen **gegen Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf** wegen Hautfarbe, Geschlecht, Religion, politischer Meinung, nationaler oder sozialer Herkunft vorzugehen (Übereinkommen 111).
- 1973** wurde beschlossen, dass die Mitgliedstaaten ein **Mindestalter für die Aufnahme einer Arbeit** festlegen müssen, das nicht unter dem Alter liegen darf, in dem die Schulpflicht endet und auf keinen Fall unter 15 Jahren liegt. Damit soll die tatsächliche Abschaffung der Kinderarbeit sichergestellt werden (Übereinkommen 138).
- 1999** wurden schließlich das **Verbot und unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit** verabschiedet (Übereinkommen 182).

1952 verabschiedete die ILO ein Übereinkommen über soziale Sicherheit, das die Einrichtung von Sozialversicherungssystemen in den Mitgliedsstaaten vorsieht (Übereinkommen 102). Dieses Abkommen wurde 2012 durch eine Empfehlung über sozialen Basisschutz auf nationaler Ebene ergänzt (Empfehlung 202). Die Empfehlung und das Übereinkommen sind aber nicht Teil der Kernarbeitsnormen. Damit sind etwa eine **Mindestarbeitslosenversicherung oder Existenzsicherung nicht in den Kernarbeitsnormen** enthalten.

Auch im **Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen (UN)** gibt es Initiativen zum Schutz der Menschenrechte im Bereich der Wirtschaft. 2011 hat der Menschenrechtsrat die **UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte** verabschiedet. Sie wurden unter der Leitung des UNO-Sonderbeauftragten für Wirtschaft und Menschenrechte, John Ruggie, erarbeitet und werden auch »Ruggie-Prinzipien« genannt. Die Leitprinzipien sind in drei Säulen eingeteilt:

- Die Verpflichtung des Staates, Menschenrechte zu schützen,
- die Verantwortung von Unternehmen, diese Menschenrechte zu achten und
- die Möglichkeit, vor Gericht gegen wirtschaftsbezogene Menschenrechtsverletzungen zu klagen.

Die Leitprinzipien sind kein völkerrechtlicher Vertrag, aber viele Staaten entwickeln »nationale Aktionspläne«, mit denen sie umgesetzt werden sollen. Trotzdem bleiben sie rechtlich letztlich unverbindlich.

2013 haben auf Initiative Ecuadors 85 Länder den UN-Menschenrechtsrat aufgefordert, einen **Prozess zur Ausarbeitung eines verbindlichen Vertrages zu Wirtschaft und Menschenrechten (Binding Treaty)** zu starten. 2014 wurde dieser Prozess im Menschenrechtsrat mit 20 Ja- zu 14 Nein-Stimmen bei 13 Enthaltungen beschlossen. Gegen die Resolution stimmten Deutschland und alle weiteren europäischen Staaten im UN-Menschenrechtsrat, die USA, Japan, Südkorea und Australien. Viele Industriestaaten beteiligen sich seither jedoch nur zögerlich oder gar nicht und üben massive Kritik an dem Prozess. Viele zivilgesellschaftliche Gruppen wiederum befürworten das Abkommen und kritisieren das Verhalten Deutschlands, der EU und weiterer Länder scharf.



## Fairer Handel als Weg zu besseren Arbeitsbedingungen?

### ARBEITSVORSCHLÄGE

1. Sammeln Sie gemeinsam Kriterien für menschenwürdige Arbeit und halten Sie diese in Stichworten fest.
- 2a. Bilden Sie drei Gruppen und teilen Sie die Texte M1 bis M3 unter diesen auf. Besprechen Sie den Text Ihrer Gruppe und sammeln Sie Argumente, die für und die gegen Siegel (oder Zertifikate) sprechen.
- 2b. Mischen Sie die Gruppen neu, so dass alle drei Texte in jeder Gruppe gleich stark vertreten sind. Tauschen Sie sich über die verschiedenen Texte aus und erstellen Sie gemeinsam eine Pro- und Contra-Liste zum Nutzen von Fair-Trade-Siegeln.
3. Organisieren Sie eine Pro-und-Contra-Debatte (siehe Methodenkasten) zur Frage: Sind Fairtrade-Siegel der Weg zu besseren Arbeitsbedingungen?
4. Wie kann die Einhaltung von internationalen Arbeitsstandards besser verwirklicht werden als derzeit der Fall ist? Entwickeln Sie Forderungen an die Bundesregierung und begründen Sie diese.
5. Recherchieren Sie auf [www.siegelklarheit.de](http://www.siegelklarheit.de) jeweils ein Siegel, das Sie für eher sinnvoll halten, und eines, das Sie für wenig sinnvoll halten. Stellen Sie die Siegel vor und begründen Sie ihre Einschätzung.

### INFO

**Siegel und Zertifikate** Als Siegel werden kleine Grafiken auf Produkten bezeichnet, die etwas über das Produkt aussagen sollen. Siegel können unter anderem die Qualität, die Umweltverträglichkeit oder die Einhaltung sozialer Standards bei der Produktion betreffen. Damit ein bestimmtes Siegel für ein Produkt verwendet werden darf ist ein Zertifikat notwendig, das heißt eine Prüfung, ob das Produkt bestimmten Standards entspricht. Die Vergabe von Siegeln ist nicht gesetzlich geregelt. Siegel werden von unterschiedlichen Initiativen, Verbänden und Unternehmen herausgegeben. Oft ist nicht klar, nach welchen Standards die Produkte bewertet (zertifiziert) werden und wer die Zertifikate vergibt.

### PRO-UND-CONTRA-DEBATTE

Da das offene Austragen widerstreitender Meinungen zentraler Bestandteil einer Demokratie ist, gilt es, das Streitgespräch auch im Unterricht zu üben. Die Pro-und-Contra-Debatte eignet sich, um eigene Positionen argumentativ zu vertreten, um gewaltfreie Formen des Streites zu erlernen, um Positionen anderer nachvollziehen zu können und um Kompromisse zu schließen. Diskutiert wird ein (aktueller) politischer Konflikt oder eine politische Frage, welche unterschiedliche, möglichst kontroverse Positionen aufweist.

**Vorgehen:** Zunächst wird eine Abstimmung durchgeführt, um ein erstes Meinungsbild zu erhalten. Daraufhin werden Gruppen gebildet, welche auf Basis ausgewählter Materialien ihre Positionen und Standpunkte entwickeln, um diese später in der Diskussion zu vertreten. Es wird eine Moderation sowie je ein\_e Vertreter\_in pro

Interessengruppe gewählt, welche\_r in der Diskussion mit möglichst verlässlichen (belegbaren) fachlichen Argumenten die Position der jeweiligen Gruppe überzeugend vertritt. Vor der Durchführung ist darauf zu achten, dass das Publikum und die Sprecher\_innen sich gegenüber sitzen. Die Moderation eröffnet die Pro-und-Contra-Debatte und stellt die Gruppenvertreter\_innen vor. Nachdem jede\_r Vertreter\_in ein kurzes Eingangsstatement abgegeben hat, folgt die eigentliche Debatte als Austausch von Argumenten und Gegenargumenten.

Anschließend folgt eine Auswertung, in der erfragt wird, welche Argumente am überzeugendsten waren. Zum Abschluss wird eine wiederholte Abstimmung durchgeführt, um zu visualisieren, inwiefern sich Veränderungen im Meinungsbild der Vertreter\_innen oder des Publikums ergeben haben, die dann wiederum diskutiert werden können.



## M1 Was ist Fairer Handel?

1 Wenn ein Bauer trotz harter körperlicher Arbeit  
 . seine Familie nicht ernähren kann, dann liegt das  
 . zum Teil auch an ungerechten Welthandelsstruk-  
 . turen. Im Fairen Handel sind die Strukturen an-  
 5 anders: Die Produkte werden zu fairen Bedingungen  
 . hergestellt und importiert. Im Mittelpunkt stehen  
 . die Produzentinnen und Produzenten, denn: Der  
 . Faire Handel ist mehr als Import und Vertrieb  
 . von Produkten. Er gibt den Menschen hinter den  
 10 Produkten ein Gesicht. Ihre Lebens- und Arbeits-  
 . bedingungen zu verbessern ist das Ziel des Fairen  
 . Handels.

15 Beim Fairen Handel geht es nicht nur um den  
 . Warenhandel, sondern es geht auch darum, auf po-  
 . litischer Ebene für mehr Gerechtigkeit einzutreten.  
 . Zwar ist der Faire Handel nicht die Lösung für alle  
 . Probleme dieser Welt, aber er bietet benachteilig-  
 . ten Produzenten eine Möglichkeit, ihre Produkte  
 . unter fairen Bedingungen zu vermarkten.

20 In vielen Bereichen hat der Faire Handel Pi-  
 . onierarbeit geleistet und in der Bevölkerung ein  
 . Bewusstsein für kritischen Konsum geschaffen.  
 . Seit es vielen Menschen nicht mehr egal ist, wie  
 . ein Produkt entsteht, achten zunehmend mehr  
 25 Firmen auf die Einhaltung von Sozialstandards.

### Was ist fair am Fairen Handel?

30 Viele verbinden mit dem Fairen Handel die Zah-  
 . lung eines fairen Preises. Damit ist gemeint, dass  
 . für bestimmte Produkte ein Fairtrade-Mindest-  
 . preis garantiert wird. Für diese Produkte muss  
 . er immer gezahlt werden – egal, wie niedrig der  
 . Weltmarktpreis liegt. Darüber hinaus wird für vie-  
 . le Produkte auch eine Fairtrade-Prämie bezahlt.

35 Die zu Genossenschaften zusammengeschlossenen  
 . Bauern entscheiden selbst, wofür die Fairtrade-  
 . Prämie verwendet wird, z. B. für:

- 40 - Bau von Trinkwasserbrunnen
- Bau oder Renovierung von Straßen/Schulen
- 40 - Medizinische Versorgung
- Fortbildungen

### Mehr als nur ein fairer Preis

45 Der Fairtrade-Mindestpreis ist ein Mindestkri-  
 . terium. Fairer Handel heißt aber sehr viel mehr:  
 . Es gelten partnerschaftliche Prinzipien wie z. B.  
 . langfristige und möglichst direkte Handelsbezie-  
 . hungen. Bei Bedarf erhalten die Genossenschaften  
 . schon vor der Lieferung eine Anzahlung, die so  
 . genannte Vorfinanzierung. Auch die Umstellung  
 50 auf biologische Landwirtschaft wird im Fairen  
 . Handel stark gefördert. [...]  
 . Außerdem sind im Fairen Handel ausbeute-  
 . rische Kinderarbeit und Zwangsarbeit verboten.  
 . Angestellte auf Plantagen und in Fabriken erhal-  
 55 ten eine angemessene Bezahlung und profitieren  
 . unter anderem von Schutzkleidung, bezahltem  
 . Urlaub und sozialer Vorsorge – alles Dinge, die bei  
 . uns selbstverständlich sind. [...]

### Wer produziert fair?

60 Alle fair gehandelten Produkte stammen von Pro-  
 . duzentengruppen, die den internationalen Fair-  
 . Handels-Grundsätzen verpflichtet sind.

65 Die Produzentengruppen sind entweder Ge-  
 . nossenschaften oder abhängig Beschäftigte in der  
 . Landwirtschaft oder in Fabriken. Bei der Herstel-  
 . lung von Kunsthandwerk handelt es sich häufig  
 . um Kleingruppen oder Familienbetriebe.

### Wer handelt fair?

70 Es gibt Firmen, die nur fair gehandelte Produk-  
 . te vertreiben – sie werden auch als 100%-Fair-  
 . Händler bezeichnet. Das sind Importfirmen wie  
 . die GEPA – The Fair Trade Company, EL PU-  
 75 ENTE, dwp oder BanaFair [...].

Es gibt auch Importfirmen, die nur einzelne  
 . Produkte ihres Sortiments fair handeln. Als Trans-  
 . Fair-Lizenznehmer dürfen sie dann diese Produk-  
 . te mit dem Fairtrade-Siegel kennzeichnen. ■ Quelle:

[www.fairtrade.de](http://www.fairtrade.de) (Mai 2019).

## M2 Kakao

### 1 Frau Agyei, Sie sind Fairtrade-Kakaobäuerin. [...] Können Sie gut davon leben?

ELIZABETH AGYEI: Nein. Das Geld reicht nicht aus, was vor allem an der starken Inflation und damit an einer Preissteigerung bei vielen Produkten in Ghana liegt. Der Preis für Kakao ist jedoch gleich geblieben. Wenn die Preise für den Kakao nicht auch steigen, müssen wir bald anfangen, etwas anderes anzubauen. Aber woher nehmt ihr in Deutschland dann den Kakao für eure Schokolade? Wir wollen ja gar nicht aufhören, Kakao anzubauen, aber so können wir nicht weitermachen.

### 15 Frau Sarkwah, Sie haben den Kakaosektor in Ghana analysiert. Warum können Kakaobäuerinnen wie Frau Agyei die Bohnen nicht einfach teurer verkaufen?

SANDRA SARKWAH: In Ghana können die Kakaobauern nicht einfach selbst entscheiden, an wen oder für wie viel Geld sie ihre Bohnen verkaufen. Der Kakaopreis auf dem Weltmarkt ist seit 2016 um fast 40 Prozent gefallen. Die ghanaische Regierung hat den Preis für die Bauern stabil gehalten. Er wird jedes Jahr von der Kakaobehörde festgelegt. Die Bauern haben auf die Preissetzung kaum Einfluss. Momentan sind es 475 Cedi (etwa 80 Euro) für einen Sack Kakao (64 Kilogramm). Darüber hinaus bekommen Kakaobauern, die in einer von Fairtrade zertifizierten Kooperative sind, ein bisschen mehr.

### 30 Reicht das dann für den Lebensunterhalt?

SARKWAH: Bauern der Kooperative Kuapa Kokoo bekommen pro Sack Kakao acht Cedi (1,40 €) extra. Dabei gehen fünf Cedi direkt an die Bauern und drei Cedi an die jeweilige Kooperative, die das Geld in verschiedene Projekte investiert: für den Bau von Schulen, Sanitäranlagen und Infrastruktur. Zwar ist das ein Schritt in die richtige Richtung, aber dieses Extra reicht nicht aus, um den Lebensunterhalt sicherzustellen.

Eine Studie hat kürzlich herausgefunden, dass Kakaobauern-Familien eigentlich 395 US-Dollar bräuchten, um ihren Lebensunterhalt zu sichern. Selbst die Fairtrade-Bauern bekommen nur 191 US-Dollar. Das ist ein riesiger Unterschied. Fairtrade müsste also eigentlich fast doppelt so viel bezahlen.

### Wer trägt die Verantwortung dafür?

SARKWAH: Ich würde sagen, viele verschiedene Akteure spielen eine Rolle: die ghanaische Regierung, die Schokoladenindustrie und die Konsumenten. Aber so wie die Situation im Moment ist, liegt eine Hauptverantwortung bei den Unternehmen. [...] Gerade gehen die meisten Gewinne an die Unternehmen und an Supermarktketten in den Industriestaaten. Die Bauern bekommen gerade einmal sechs Prozent. Das Problem ist also vor allem eine sehr ungerechte Wertschöpfungskette. Die Unternehmen könnten etwas daran ändern, indem sie mehr für den Kakao bezahlen.

### 60 Haben die Interesse daran, etwas zu ändern?

SARKWAH: Die Unternehmen reden schon seit Jahren davon, dass sich etwas ändern soll und dass sie Verantwortung übernehmen wollen, aber man sieht bis heute nichts davon. Ohne Regulierungen, die sie auf ihre Versprechen festnageln und zwingen, diese auch einzulösen, wird sich nichts ändern. Es bräuchte Gesetze in den Ländern, in denen Schokolade konsumiert wird, damit die Unternehmen ihre Versprechen einhalten müssen.

*Elizabeth Agyei ist Kakaobäuerin aus Asamankese in Ost-Ghana. Sie ist Mitglied bei Kuapa Kokoo, der größten ghanaischen Kakaokooperative mit rund 100 000 Mitgliedern. Sandra Sarkwah arbeitet als Projektkoordinatorin bei der Nichtregierungsorganisation SEND, die sich für die Rechte von Kakaobauern einsetzt. Mit ihnen sprach Vanessa Fischer.* ■ Quelle: © Neues Deutschland vom

14.12.2018.

### M3 Palmöl

*Kann der richtige Konsum Umweltzerstörung, Ausbeutung und Zwangsarbeit verhindern? Unfug, sagt Kathrin Hartmann, Autorin von »Die Grüne Lüge«. Nur die Politik kann das – wenn man sie zwingt. [...]*

#### 1 SZ: Frau Hartmann, was ist »die grüne Lüge«?

[...] Es geht bei Greenwashing, also der PR-Methode, ein Unternehmen besonders nachhaltig und umweltfreundlich erscheinen zu lassen, immer darum, das profitable Kerngeschäft zu erhalten. So versichern zum Beispiel Lebensmittelkonzerne wie Unilever, dass ihre Produkte nachhaltiges Palmöl enthalten. Für den Anbau des Palmöls betreiben ihre Lieferanten in Indonesien trotz Nachhaltigkeitsiegel aber Landraub. Sie holzen illegal Regenwald ab und lassen auf den riesigen Plantagen Kinder und moderne Sklaven arbeiten.

#### 15 Was ist der zweite Teil der grünen Lüge?

Uns als Konsumenten wird erzählt, wir könnten an diesen Bedingungen etwas ändern, wenn wir im Supermarkt nur die richtige Wahl treffen würden. Die grüne Lüge verschafft einem einerseits ein gutes Gewissen, gleichzeitig macht sie den Menschen dauernd ein schlechtes Gewissen, weil sie die Verantwortung auf die einzelnen Käufer schiebt. Sie sagt: »Wenn ihr nicht das richtige Produkt kauft, seid ihr schuld.« [...]

#### 25 Unser Konsum hat also nicht so viel Einfluss auf die Produktionsbedingungen, wie immer behauptet wird?

Wir sind Teil einer Gesellschaft, die systematisch auf Kosten anderer lebt. Es gibt heute mehr Sklaven als zur Zeit des Sklavenhandels, auch in Relation zur Gesamtbevölkerung. Palmöl ist das billigste Fett der Welt. Warum? Weil Palmölkonzerne in Indonesien indigenen Völker das Land wegnehmen und illegal Wald niederbrennen können. Also haben die Menschen, die sich nirgends mehr selbst versorgen können, gar keine andere Wahl mehr, als zu miserablen Bedingungen in den Plantagen

zu arbeiten. Diese Verhältnisse findet man auch bei allen anderen pflanzlichen Rohstoffen, die für den Export in den reichen Norden der Welt in riesigen Monokulturen im armen Süden angebaut werden – etwa Soja oder Zuckerrohr. Natürlich kann ich meinen Konsum einschränken und viele tun das erfreulicherweise auch. Aber erstens wird aus einer Ansammlung unterschiedlicher individueller Einkaufsentscheidungen kein großes Ganzes. Es entsteht kein Markteinfluss, der dazu führt, dass Unternehmen von sich aus besser oder weniger produzieren. [...] Und zweitens gibt es große angelegte Konsum-Boykotte extrem selten. [...] Derzeit gibt es eine wachsende Bewegung, die von den Vereinten Nationen ein Abkommen fordert, das Menschenrechten Vorrang vor Konzerninteressen sichert. Konzerne würden dann verpflichtet, bei allen Auslandsgeschäften Menschenrechte zu achten – und wenn sie dagegen verstoßen, können sie dafür verurteilt und bestraft werden. Das sind erste Schritte, wie man das System ändern kann.

#### 60 Im [...] Buch greifen Sie Nachhaltigkeitsiegel an. Warum?

Das Wort »nachhaltig« bedeutet eigentlich nichts, es ist kein geschützter Begriff wie zum Beispiel »bio«. Das staatlich geschützte Biosiegel hat strenge Standards für den Anbau, es wird kontrolliert und Verstöße werden geahndet. Nachhaltigkeitsiegel von Unternehmen sind freiwillige Versprechen, es irgendwie besser zu machen. [...] Wenn diese Firmen wirklich Profit machen würden, wenn sie Dinge ökologisch und sozial gerecht herstellen, warum sollten sie denn etwas anderes tun? [...] Je problematischer ein Produkt und seine Herstellung, desto größer das Bemühen, es mit Nachhaltigkeitsiegeln zu versehen. [...]

Quelle: © Interview von Alexandra Belopolsky mit Kathrin Hartmann, in der *Süddeutschen Zeitung* vom 13.04.2018. Alexandra Belopolsky ist freie Journalistin ([www.torial.com/alexandra.belopolsky](http://www.torial.com/alexandra.belopolsky)). Kathrin Hartmann hat 2018 das Buch *Die Grüne Lüge* im Blessing-Verlag veröffentlicht.

## Ein UN-Abkommen für Wirtschaft und Menschenrechte?

### ARBEITSVORSCHLÄGE

1. Lesen Sie M1 und führen Sie in folgenden Schritten eine Machtnetz-Analyse durch:
  - a. Finden Sie gemeinsam einen Namen für den Konflikt und ermitteln Sie die beteiligten Akteure (Länder/Regierungen und gesellschaftliche Organisationen).
  - b. Bilden Sie zu sechs Beteiligten jeweils eine

- Kleingruppe. Führen Sie die weiteren Analyseschritte (O-Töne, Interessen, Ressourcen) für Ihr Land oder Ihre gesellschaftliche Gruppe in der Kleingruppe durch und benutzen Sie dabei einen passenden Text aus M2 bis M7.
- c. Tragen Sie die Ergebnisse der Kleingruppen zusammen und vervollständigen Sie gemeinsam die Machtnetz-Analyse.

### MACHTNETZ-ANALYSE

Die Machtnetz-Analyse eignet sich zur Visualisierung politischer Konflikte einschließlich der Ressourcen und potenziellen Koalitionen der Beteiligten. Sie kombiniert eine klassische Konfliktanalyse mit der im Bereich der Mediation entwickelten Spinnwebanalyse. Dabei geht es nicht darum eine Lösung des Konfliktes zu erarbeiten, sondern das Konfliktfeld – als Machtfeld – zu verstehen und anschließend eigene politische Positionen dazu zu entwickeln. Die Analyse läuft in folgenden Schritten ab:

**Konfliktbezeichnung:** In die Mitte eines Plakates oder Blattes wird ein Name für den Konflikt geschrieben. Zum Beispiel: »Vermögenssteuer wieder einführen?« oder »Kohlekraftwerke sofort abschalten?«.

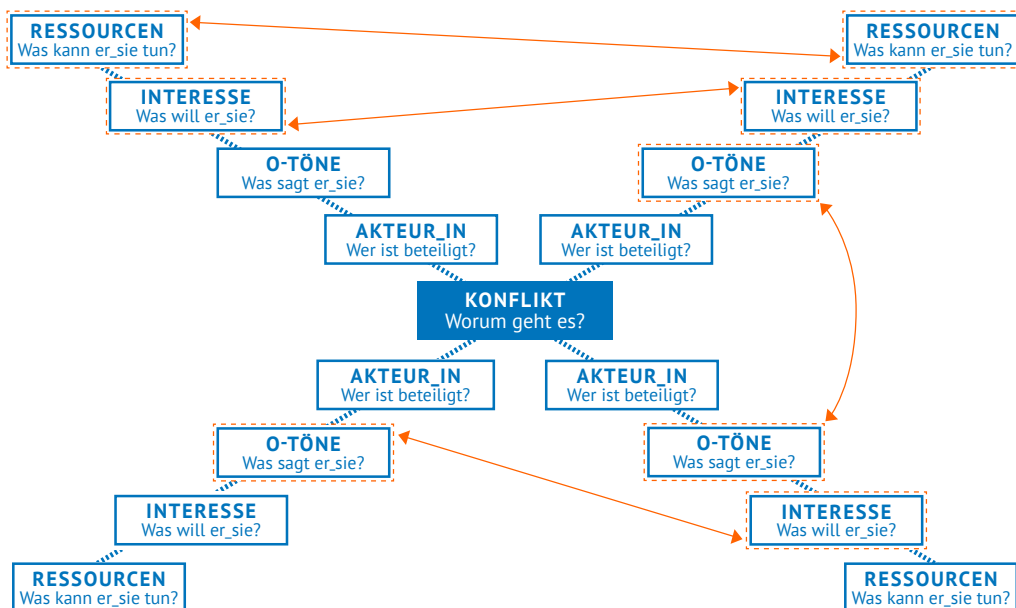
**Akteur\_innen:** Um diesen Kern herum werden zunächst die beteiligten Akteur\_innen geschrieben.

**O-Töne:** Im nächsten Außenkreis wird in Stichworten notiert, was die Beteiligten sagen.

**Interessen:** Danach wird überlegt, worum es den Beteiligten geht, welche Ziele, Wünsche oder Bedürfnisse vermutlich hinter ihren Aussagen stehen. Diese Interessen werden noch ein Stück weiter außen notiert.

**Ressourcen:** Ganz außen wird notiert, welche Mittel die Akteur\_innen einsetzen können, um ihre Position durchzusetzen. Zum Beispiel: Lobbyismus, Protest oder Gesetze erlassen. Besonders einflussreiche Mittel können dabei hervorgehoben werden.

**Macht:** Zuletzt werden mögliche Querverbindungen (Netzwerke) eingezeichnet: Welche Akteur\_innen sagen ähnliche Dinge, haben ähnliche Interessen und so weiter. Auch hier können einflussreiche Koalitionen mit großen Machtmitteln grafisch hervorgehoben werden.



## M1 Deutschland bremst bei Menschenrechten

1 Indigene Völker verlieren beim Bau eines Wasser-  
kraftwerkes in Honduras den Zugang zu einem  
Fluss, der ihnen Nahrung liefert. In einer Textilfa-  
brik in Pakistan sterben bei einem Brand mehr als  
250 Menschen, weil die Fluchtwege versperrt sind.  
Massai-Dörfer in Kenia werden für ein Geothermie-  
projekt ohne umfassende Konsultation und  
ausreichende Entschädigung umgesiedelt. Drei  
Beispiele für Projekte, mit denen Menschenrechte  
verletzt oder gefährdet wurden. Involviert waren  
in allen drei Fällen deutsche Unternehmen – Voith  
lieferte für Honduras Turbinen, KIK ließ in Pa-  
kistan nähen, die Staatsbank KFW gab in Kenia  
Kredit.

15 Bisher ist es Opfern solcher Geschäfte kaum  
möglich, die Firmen zur Rechenschaft zu ziehen.  
Das soll sich mit einem völkerrechtlichen Vertrag  
ändern, der derzeit bei den Vereinten Nationen  
verhandelt wird. Ziel ist es, die Menschenrech-  
te entlang internationaler Lieferketten gesetzlich  
zu schützen. Doch ausgerechnet die Europäische  
Union, allen voran Deutschland, bremst bei die-  
sem Prozess. Bis zuletzt war unklar, ob sich die  
EU-Kommission an der [...] vierten Arbeitsrunde  
der UN in Genf beteiligen wird.

Das Abkommen über verbindliche Menschen-  
rechtsnormen für Unternehmen wird in einer  
»Offenen zwischenstaatlichen Arbeitsgruppe« ver-  
handelt, die der UN-Menschenrechtsrat 2014 auf  
Initiative von Ecuador und Südafrika ins Leben  
gerufen hat – gegen die Stimmen Deutschlands,  
der USA und weiterer Industrieländer.

Im vergangenen Juli legte die Arbeitsgrup-  
pe unter ecuadorianischem Vorsitz einen ersten  
Entwurf (Zero Draft) für ein Menschenrechtsab-  
kommen vor, der nun ab Montag beraten werden  
soll. Doch anders als noch in den »Entwurfsele-  
menten«, die Vertreter von 110 Staaten auf ihrer  
vorangegangenen Tagung im Oktober 2017 dis-  
kutierte, ist im Zero Draft nun keine Rede mehr  
von einem neuen Internationalen Gerichtshof, vor  
dem Betroffene von Menschenrechtsverletzungen  
Unternehmen und Staaten verklagen könnten.  
Auch harte Sanktionen sind aus dem Dokument  
gestrichen. Ergebnis zahlreicher Änderungswün-  
sche der EU.

Dennoch geht der Bundesregierung die Vorlage  
offenbar noch zu weit. Das Verfahren »ist aktu-  
ell mit vielen sachlich begründeten Fragezeichen  
versehen. Das betrifft sowohl die Prozessführung

wie auch die inhaltliche Ausrichtung der Debat-  
te«, teilte das federführende Außenministerium  
auf Anfrage der FR mit. »Vieles deutet daraufhin,  
dass die Bundesregierung den Prozess zum Scheitern  
bringen will«, sagt Armin Paasch, Menschen-  
rechtsexperte des katholischen Hilfswerks Mise-  
reor, das mit weiteren 18 zivilgesellschaftlichen  
Organisationen die »Treaty Alliance Deutschland«  
bildet, um sich für ein globales Menschenrechts-  
abkommen stark zu machen. [...]

Mal wird das Verhandlungsmandat der UN-  
Arbeitsgruppe infrage gestellt, mal dem ecuadori-  
anischen Vorsitz des Gremiums Parteilichkeit  
vorgeworfen. Aktuell stellt die Bundesregierung  
nach Informationen der FR einige Vorbedingun-  
gen, um sich weiter an den Beratungen zu betei-  
ligen. So will sie unter anderem erreichen, dass  
Unternehmensverbände stärker in die Konsulta-  
tionen einbezogen werden. Die aber haben – wie  
NGOs und Gewerkschaften auch – jetzt schon  
einen Beraterstatus, allerdings kein Stimmrecht.  
Und in der Tat haben die Firmenvertreter ihre Po-  
sitionen in den bisherigen Sitzungen auch offensiv  
eingebracht.

»Es darf keine Kompromisse geben, wenn es um  
den Schutz von Menschenrechten geht«, fordert  
Misereor-Hauptgeschäftsführer Pirmin Spiegel.  
Diese müssten auch dann Vorrang haben, »wenn  
deutsche Wirtschaftsinteressen im Spiel sind«. Die  
Kritik zielt darauf, dass im Entwurf für ein Ab-  
kommen – auch auf Druck der Bundesregierung –  
von einem Vorrang von Menschenrechten in  
Handels- und Investitionsabkommen nichts mehr  
zu finden ist. [...]

Bei aller Detailkritik begrüßt die Treaty Alli-  
ance Deutschland den vorliegenden Entwurf. Posi-  
tiv sei, dass der Zero Draft sich eng an den UN-  
Leitlinien für Wirtschaft und Menschenrechte  
orientiere. So sollen die Vertragsstaaten verpflich-  
tet werden, in nationalen Gesetzen die menschen-  
rechtlichen Sorgfaltspflichten von Unternehmen  
festzuschreiben – auch bei Auslandsgeschäften.  
Das gilt für eigene unternehmerische Tätigkei-  
ten, Tochterfirmen sowie Einheiten, die unter der  
direkten oder indirekten Kontrolle des Konzerns  
stehen oder unmittelbar mit seinen Produkten  
und Dienstleistungen verbunden sind. [...]

Quelle:  
Tobias Schwab in *Frankfurter Rundschau Online* vom 11.10.2018. © Alle Rechte  
vorbehalten. Frankfurter Rundschau GmbH, Frankfurt.



- Wir fordern die EU und ihre Mitgliedsstaaten eindringlich dazu auf, ihre historische Chance zu nutzen, um das UN-Abkommen zu unterstützen und zu zeigen, dass Europa ein Vorreiter für Multilateralismus, Menschenrechte und bei der Einführung von Regeln für globale Handelsgeschäfte sein kann.
- [...] Ein verbindliches Abkommen sollte alle international anerkannten Menschenrechte, inklusive der Rechte von Arbeitern und Gewerkschaften – wie von den internationalen Arbeitsstandards definiert – umfassen, welche im Übrigen auch das nationale wie grenzübergreifende Streikrecht beinhalten.
- Ihm sollten alle Unternehmen verpflichtet sein, unabhängig von ihrer Größe, dem Geschäftsfeld, dem betrieblichen Kontext oder der Eigentümerstruktur, damit Verantwortlichkeitslücken vermieden und sämtliche Arten der Arbeitsverhältnisse geregelt werden.
- Eine unabhängige und repräsentative Organisation der Arbeit, sozialer Dialog und Tarifverhandlungen sind der beste Weg, um die Rechte der Arbeiter zu schützen und weiter zu stärken. Darum ist es Aufgabe des verbindlichen Abkommens, die Anerkennung fundamentaler Rechte zur Arbeitsorganisation und Tarifverhandlungen zu fördern. [...]
- Darüber hinaus sollte es für eine Gesetzgebung sorgen, die Mutterkonzerne transnationaler Unternehmen und deren Hauptsitz zur Grundlage der Rechtsprechung nimmt, wodurch eine Chance auf Gerechtigkeit für Opfer von Menschenrechtsverletzungen geschaffen wird, die für solche Unternehmen arbeiten. [...]
- Transnational operierende Konzerne als Wirtschaftsakteure sind häufig aufgeteilt in verschiedene rechtliche Einheiten oder sie agieren innerhalb eines Netzes von verschiedenen Unternehmen, die ihre Geschäftspartner sind und auf die sie verschiedene Einflussmöglichkeiten haben. Das Abkommen kann dabei helfen, die Pflichten der Staaten beim Schutz von Menschenrechten zu klären, insbesondere bezüglich der Zuständigkeitslücken, die sich aus dem Aufbau und der Organisation von transnational agierenden Großunternehmen ergeben können. [...]
- Quelle: ETUC Position on a United Nations Treaty on Transnational Corporations. Adopted at the Executive Committee on 25–26 June 2018. Übersetzung ins Deutsche von Attac.

#### M4 Deutsche Bundesregierung

- [...] Gemeinsam mit den europäischen Partnern hat die Bundesregierung im letzten Jahr mehrere Elemente aufgezeigt, die aus ihrer Sicht notwendige Voraussetzungen für eine konstruktive Arbeit der zwischenstaatlichen Arbeitsgruppe sind. So will die Bundesregierung sicherstellen, dass die IGWG konsensuell an der Implementierung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte – den sogenannten Ruggie-Prinzipien – arbeitet und nicht zur Polarisierung des Menschenrechtsrates beiträgt. Des Weiteren hält sie eine breite Einbeziehung aller relevanten Stakeholder – also Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Gewerkschaften – für notwendig. [...]
- Die mögliche negative Auswirkung auf Akzeptanz und Umsetzung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte besteht darin, dass der mit ihnen hergestellte internationale Konsens aufricht und durch polarisierende Positionierungen das bisher Erreichte in Frage gestellt wird. [...]
- Im Vordergrund steht für die Bundesregierung im Einklang mit den Ruggie-Prinzipien die Frage, wie deutsche Unternehmen dabei unterstützt und befähigt werden können, ihrer menschenrechtlichen Verantwortung gerecht zu werden und so die menschenrechtliche Lage auch mit Blick auf wirtschaftliche Aktivitäten gemeinsam mit Unternehmen weltweit verbessert werden kann. Der Bundesregierung ebenso wie ihren europäischen Partnern ist es ein wichtiges Anliegen, das Thema im Sinne der Ruggie-Prinzipien durch einen breiten, partnerschaftlichen Ansatz voranzubringen und dabei die Wirtschaft als Partner einzubeziehen. [...]
- Ein solch breiter und partnerschaftlicher Ansatz hilft, die Ruggie-Prinzipien wirksam umzusetzen und ist durch seine breite Akzeptanz einem durch die IGWG angestrebten verbindlichen, aber international nicht konsensfähigen Ansatz überlegen. [...]
- Vor diesem Hintergrund scheint es fraglich, ob die Diskussion eines aller Voraussicht nach derzeit nicht konsensfähigen verbindlichen internationalen Instruments hilfreich wäre. [...]
- Sie [die Bundesregierung] geht davon aus, dass die allermeisten deutschen Unternehmen in ihrer Geschäftstätigkeit die Grundsätze der menschen-

- rechtlichen Sorgfalt einhalten und zunehmend
- 50 entsprechende Prozesse und Verfahrensschritte in
- ihre Managementsysteme integrieren werden. Die
- Verabschiedung und Umsetzung des Nationalen
- Aktionsplans »Umsetzung der VN-Leitlinien
- für Wirtschaft und Menschenrechte« wird diese
- 55 Entwicklung weiter fördern und von der Bundes-
- regierung begleitet werden. ■ Quelle: Deutscher Bundestag

Drucksache 18/10157.

## M5 Europäische Union

- 1 [...] Leider sind die meisten Vorschläge, die wir
- oder andere vorgetragen haben, um einen kon-
- sensfähigen Weg zu finden, bisher nicht in Erwä-
- gung gezogen worden – inklusive der Vorschläge,
- 5 eine neue Resolution im UN-Menschenrechtsrat
- zu verabschieden, welche das Mandat für die Er-
- arbeitung eines gesetzlich verpflichtenden Instru-
- ments bestätigt, zugleich aber erlaubt, über den
- besten Weg dahin nachzudenken. [...]
- 10 Die UN-Leitprinzipien waren und bleiben der
- Ausgangspunkt und Orientierungsrahmen für die
- EU im Bereich der Wirtschaft und der Menschen-
- rechte. Darum stellt ihre weltweite Umsetzung,
- um ihr volles Potenzial zu entfalten, auch weiter-
- 15 hin unsere Priorität dar. [...]
- Wir sind davon überzeugt, dass der Mehrwert
- eines potenziellen, gesetzlich bindenden Instru-
- ments die Verbesserung der Anerkennung und des
- Schutzes von Menschenrechten sein muss, wäh-
- 20 rend gleichzeitig faire, globale Wettbewerbsvor-
- aussetzungen für Unternehmen gewahrt werden
- sollten. Aus diesem Grund ist es essentiell, dass
- der Vorschlag eine ausreichend starke Verbindlich-
- keit der UN-Mitgliedsstaaten dazu herstellt. [...]
- 25 Darüber hinaus ist es wichtig, die Einhaltung der
- vereinbarten Regelungen zu wahren und unnö-
- tige doppelte Anstrengungen zu vermeiden. [...]
- Auf der Grundlage der verschiedenen Überle-
- gungen aus EU-Perspektive sind wir noch nicht
- 30 an einem Punkt, wo ein offizielles Verhandlungs-
- mandat Sinn macht, um sich in diesem Diskussi-
- onsrahmen zu betätigen. [...]
- Zum Schluss bleibt festzuhalten, dass die EU
- sich dafür einsetzt, einen soliden gesetzlichen
- 55 Rahmen und dazugehörige Regelwerke zu schaf-
- fen und gleichzeitig auf globaler Ebene mit allen
- Staaten und Interessenvertretern zu arbeiten, um
- einen weitreichenden Fortschritt im Bereich der
- Wirtschaft und Menschenrechte zu erreichen. Wir
- werden uns weiterhin auf der Ebene der Vereinten
- 40 Nationen oder auf anderen Ebenen engagieren,
- damit der beste Weg gefunden wird, um sicher-
- zustellen, dass jegliche weitere Entwicklung auf
- gesetzlicher Ebene die tatsächlich notwendigen
- 45 Schritte zur Verhinderung von Menschenrechts-
- verletzungen in Angriff nimmt und falls diese
- doch auftauchen, den Opfern Entschädigungen
- zugänglich gemacht werden. Wir verpflichten
- uns zu einem bedeutungsvollen und konkreten
- 50 Fortschritt im Bereich von Wirtschaft und Men-
- schenrechten, da dies mit weitreichenderen The-
- men zusammenhängt, wodurch Maßnahmen zur
- Stärkung und zum Schutz von Menschenrechten
- mit anderen globalen Themen verbunden werden:
- 55 Handel, Investitionen, Umwelt, sozialer Schutz,
- Arbeitsschutz Steuerhinterziehung, Korruption,
- usw. Die Liste ist lang. Um es kurz zu machen:
- wir müssen die Globalisierung kollektiv zügeln.
- Quelle: UN-Menschenrechtsrat: Open-ended intergovernmental working group on transnational corporations and other business enterprises with respect to human rights 4th session (15–19 October 2018). Opening remarks by the European Union. Übersetzung ins Deutsche von Attac.

## M6 Zivilgesellschaft

- 1 Handels- und Investitionsschutzabkommen er-
- leichtern Unternehmen den Zugang zu Märkten
- und Rohstoffen und schützen Investoreninter-
- essen mit einklagbaren Rechten. Zwar sind die
- 5 Menschenrechte ein Grundpfeiler des Völker-
- rechts, doch für ihren Schutz bei weltweiten Un-
- ternehmenstätigkeiten gibt es bislang nur freiwil-
- lige Leitprinzipien. Das muss sich ändern, denn
- Menschenrechte brauchen Verbindlichkeit! Mit
- 10 dem sogenannten »UN-Treaty-Prozess« soll ein
- internationales Menschenrechtsabkommen erar-
- beitet werden, das für die Vertragsparteien ver-



- . bindlich ist, klare Regeln für Unternehmen schafft
- . und damit den Betroffenen Klagemöglichkeiten
- 15 eröffnet. Seit 2015 verhandelt eine zwischenstaat-
- . liche Arbeitsgruppe bei den Vereinten Nationen
- . über das künftige Abkommen. Die unterzeich-
- . nenden Organisationen erwarten von der Bun-
- . desregierung, dass sie sich bei den Verhandlungen
- 20 aktiv für ein Abkommen einsetzt, das:
- . – Staaten verpflichtet, die bei ihnen ansässigen
- . Unternehmen gesetzlich zur Achtung
- . der Menschenrechte zu verpflichten, auch
- . in ihren Auslandsgeschäften, Tochterunter-
- 25 nehmen und Lieferketten;
- . – Betroffenen effektiven Rechtsschutz
- . gewährt, auch im Herkunftsstaat eines
- . Unternehmens;
- . – regelt, wie Staaten in grenzüberschreitenden
- 30 Fällen zusammenarbeiten, um Unternehmen
- . zur Verantwortung zu ziehen;
- . – festlegt, dass die Pflichten aus dem UN-
- . Menschenrechtsabkommen Vorrang
- . vor den Verpflichtungen aus Handels- und
- 35 Investitionsschutzabkommen haben;
- . – einen unabhängigen Expert/innenausschuss
- . vorsieht, der Staatenberichte zum Umsetz-
- . ungsstand des Abkommens entgegennimmt
- . und individuelle Beschwerden gegen
- 40 Staaten prüft;
- . – einen Prozess zur Schaffung eines internatio-
- . nalen Gerichtshofs für Menschenrechte
- . anstößt, vor dem Betroffene bei Menschen-
- . rechtsverstößen gegen transnationale
- 45 Unternehmen klagen können.

■ Quelle: Positionspapier der Treaty Alliance Deutschland zum UN-Treaty-Prozess zu transnationalen Konzernen und anderen Unternehmen, 2017.

## M7 Südafrika

- 1 Opfer von Missbrauch und Menschenrechtsver-
- . letzungen durch transnational operierende Unter-
- . nehmen stehen vor Hindernissen bezüglich ihres
- . Zugangs zu effektiven Entschädigungen. Nicht
- 5 zuletzt deshalb gibt es keinen Grund, warum
- . allgemeine Regeln und Gesetze internationalen
- . Rechts nicht für alle Akteure gelten sollten – für
- . Staaten ebenso wie für transnationale Unterneh-
- . men und andere Unternehmensformen. [...]
- 10 Der Vertragsprozess darf nicht länger verstan-
- . den werden als einer, der sich »gegen die Wirt-
- . schaft oder den Handel« richtet. Gegenwärtig
- . sieht sich die Welt mit zahlreichen Herausforde-
- . rungen konfrontiert, was Armut, Arbeitslosigkeit,
- 15 Lebensmittelunsicherheit und Klimawandel be-
- . trifft. Hinsichtlich dessen ist es im Interesse al-
- . ler Länder, sicherzustellen, dass Investitionen für
- . eine nachhaltige Entwicklung eingesetzt werden.
- . Global betrachtet zeichnet sich eine neue Genera-
- 20 tion der Investitionspolitik ab, die eine Entwick-
- . lungspolitik mit dem Ziel verfolgt, die Rechte
- . und Verpflichtungen von Staaten und Investoren
- . ins Gleichgewicht zu bringen. Wenn Menschen-
- . rechtsstandards von transnational handelnden Un-
- 25 ternehmen und anderen Unternehmensformen
- . weithin akzeptiert werden, profitieren diese davon
- . durch größere Planungssicherheit bei ihren Ge-
- . schäften und Gewinnen. Darum wird ein globaler
- . Standard garantieren, dass ihre Verantwortlich-
- 30 keiten klar und eindeutig sind und faire Wettbe-
- . werbsbedingungen festgelegt werden.
- . [...] Viele transnational agierende Unterneh-
- . men und andere Unternehmensformen behaupten,
- . dass sie verantwortungsvoll und konform mit
- 35 den Vorschriften der einheimischen Gesetzgebung
- . handeln, wenn sie in ausländischen Zuständig-
- . keitsbereichen Handel treiben. Aus diesem Grund
- . sollten sie sich nicht gegen das Abkommen stellen,
- . sondern es im Gegenteil befürworten – da es nur
- 40 bestätigen wird, was sie tagtäglich umsetzen.
- . Es gab in der Vergangenheit verschiedenste
- . Anläufe, den Bereich Wirtschaft und Menschen-
- . rechte zu regulieren. Allerdings wurden sie als
- . unverbindliche, sogenannte »weiche« Gesetze (auf
- 45 Freiwilligkeit basierend) gestaltet, was bedeutet,
- . dass sie weder einen gesetzlichen Rahmen bieten,
- . der durchsetzbar und einheitlich ist, noch rechtliche
- . Sicherheit und Entschädigungen für die Opfer,
- . die Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt waren
- 50 und sind. Aus unserer Sicht kann diese Lücke nur
- . durch gesetzlich bindende Instrumente geschlos-
- . sen werden, die für alle gelten und damit den un-
- . verbindlichen Rahmenbedingungen mehr Kraft
- . verleihen. ■ Quelle: UN-Menschenrechtsrat: Open-ended intergovernmental working group on transnational corporations and other business enterprises with respect to human rights 4th session (15–19 October 2018). National Statement delivered by South Africa. Übersetzung ins Deutsche von Attac.

**M8 Deutsche Präferenz: Profit statt Menschenrechte**

1 [...] Neben Ecuador und anderen Staaten ver-  
bindet auch die Treaty Alliance, ein weltweites  
Bündnis von über 1000 Menschenrechts-, Ent-  
wicklungs- und Umweltorganisationen, mit dem  
5 geplanten Völkerrechtsabkommen die Hoffnung  
auf eine andere internationale Wirtschaftsord-  
nung. In ihr sollen Unternehmen auch bei Aus-  
landsgeschäften zur Achtung der Menschenrechte  
verpflichtet werden, sollen Betroffene von Men-  
schenrechtsverletzungen Zugang zu Gerichten in  
10 den Heimatländern der Konzerne erhalten. [...] Mutterkonzerne müssten dann auch für Schäden  
haften, die ihre Tochterunternehmen oder von  
ihnen kontrollierte Unternehmen verursacht ha-  
15 ben. Um Hürden für Betroffene beim Zugang zu  
Gerichten abzubauen, sollen Gruppenklagen er-  
leichtert und soll bei transnationalen Konstellatio-  
nen die internationale Zusammenarbeit verbessert  
werden. Als Durchsetzungsinstrumente werden  
20 [...] ein Internationaler Gerichtshof für transnatio-  
nale Konzerne und Menschenrechte sowie spezia-  
lisierte Kammern bei regionalen Menschenrechts-  
gerichtshöfen genannt.  
Einige dieser weitreichenden Vorschläge wer-  
25 den in der Endfassung des geplanten Abkommens  
aller Voraussicht nach nicht mehr enthalten sein.  
Schon jetzt sind sie erheblich abgeschwächt wor-  
den – auch aufgrund des Drucks aus Deutsch-  
land, das den Prozess von Anfang an blockiert  
30 hat. Gemeinsam mit 16 weiteren Industrielän-  
dern stimmte die Bundesregierung bereits 2014  
im Menschenrechtsrat gegen die Einrichtung der  
zwischenstaatlichen Arbeitsgruppe und boykot-  
tierte die erste Sitzung im Oktober 2015. [...] Sie  
35 rechtfertigt ihre Vorbehalte gegenüber dem Ab-  
kommen nicht zuletzt mit ihrem 2016 beschlos-  
senen Nationalen Aktionsplan zu Wirtschaft und  
Menschenrechten. Umso pikanter ist es, dass der  
UN-Sozialausschuss just vor Beginn der Genfer  
40 Verhandlungswoche die »ausschließlich freiwillige  
Natur der menschenrechtlichen Sorgfaltspflich-

ten« des deutschen Aktionsplans rügte. In diesem  
wird lediglich die »Erwartung« geäußert, dass Un-  
ternehmen Verfahren zur menschenrechtlichen  
45 Sorgfalt einrichten sollen. Nur für den Fall, dass  
weniger als die Hälfte der Unternehmen mit über  
500 Mitarbeitern ihre menschenrechtlichen Sorg-  
faltspflichten bis 2020 umsetzen, erwägt die Bun-  
desregierung auch gesetzliche Maßnahmen. [...] Nach dieser Logik könnte man auch auf Gesetze  
50 gegen Diebstahl verzichten, solange mehr als die  
Hälfte der Bevölkerung keinen begeht.  
Auch das Monitoring der Unternehmen, mit  
dem die Bundesregierung ein Konsortium unter  
Federführung der Unternehmensberatung Ernst  
& Young beauftragt hat, weckt Zweifel an der  
Ernsthaftigkeit des Unterfangens. So können un-  
abhängige Experten die Bewertung der Unterneh-  
men nicht überprüfen, denn die Bundesregierung  
60 besteht auf strikter Anonymität der repräsentativ  
ausgewählten Firmen. [...] Im Koalitionsvertrag hat die Bundesregierung –  
deutlicher als im Nationalen Aktionsplan – zu-  
gesagt, »auf nationaler Ebene gesetzlich tätig« zu  
werden, sollte sich das Prinzip der Freiwilligkeit  
65 als unzureichend erweisen. Die Bundesregierung  
könnte auf dieser Grundlage also durchaus der  
Empfehlung des UN-Sozialausschusses folgen und  
Unternehmen per Gesetz zur menschenrechtli-  
chen Sorgfalt verpflichten. Laut Koalitionsvertrag  
70 will sich die Bundesregierung in diesem Fall sogar  
»für eine EU-weite Regelung einsetzen«. Läge es  
dann nicht im ureigenen Interesse der deutschen  
Wirtschaft, über ein völkerrechtliches Abkommen  
75 auch Unternehmen außerhalb der EU zur Ach-  
tung der Menschenrechte zu verpflichten? Denn  
mittelfristig würde das nicht nur den Betroffenen  
von Menschenrechtsverletzungen nutzen, sondern  
auch jenen Unternehmen, denen soziale Verant-  
80 wortung mehr wert ist als das geduldige Papier  
freiwilliger Verhaltenskodizes. ■ Quelle: *Blätter für deutsche  
und internationale Politik* 1/2019.

**ARBEITSVORSCHLÄGE**

2. Lesen Sie M8 und diskutieren Sie die Strategie der Bundesregierung, in Sachen Unternehmen und Menschenrechte auf Freiwilligkeit zu setzen.
3. Recherchieren Sie den aktuellen Stand der Diskussion im UN-Menschenrechtsrat über ein Abkommen für Wirtschaft und Menschenrechte und bewerten Sie diesen in einem Zeitungskommentar.

4. Versetzen Sie sich in die Lage der Treaty-Alliance Deutschland und planen Sie eine Aktion, um auf Ihr Anliegen aufmerksam zu machen. Überlegen Sie zunächst, was das zentrale Anliegen ist, das bei der Aktion deutlich werden soll. Bilden Sie dann fünf Arbeitsgruppen: Transparent entwerfen, Protestbild (Statue oder Theaterszene), Flugblatt, Pressemitteilung und Social-Media.